

zu erweitern, daher das systematische Verleugern und Preisgeben der alten Koalition, obwohl diese durchaus lebensfähig aus den Wahlen vom 20. Februar hervorgegangen war. Angesichts der festen Haltung der Sozialdemokratie vom Beginn der Verhandlungen an mußten die demokratischen Führer und Blätter wissen, daß ein Erfolg ihrer Bestrebungen schließlich die Entfernung der Sozialdemokratie aus der Regierung und deren Uebergang zur Opposition bedeuten würde. Und dennoch haben sie konsequent auf dieses Ziel hingearbeitet.

Nun haben sie den „Erfolg“, aber sie werden nicht viel Freude daran haben. Sowohl in Preußen, wie auch voraussichtlich im Reich, wird nicht nur ohne die Sozialdemokratie, sondern auch gegen sie regiert werden. Was das in diesen Wochen außenpolitischer Hochspannung bedeuten wird, kann sich jeder ausmalen. Man komme uns nicht nachträglich mit weinerlich-unaufrichtigen Redensarten von „Einheitsfront“ und dgl. Diese ist bewußt trotz zahlreicher Warnungen unsererseits zerstört worden, nicht zuletzt durch die böswillige Halsstarrigkeit der Demokraten, die sehr wohl wissen, daß die „Deutsche Volkspartei“ außenpolitisch nur eine Belastung bedeutet, während die Arbeiterschaft einer der wenigen Aktiosten in unserer verzweifeltsten Situation ist. Die Belastung hat man mutwillig auf sich geladen, den Aktiosten ebenso mutwillig preisgegeben.

Theodor Barth ist tot, aber der Bezirksvereins-Philistergeist ist unsterblich. Er hat wieder einmal über die Ideen des letzten großartigen Politikers der bürgerlichen Demokratie einen vollen Sieg davongetragen. Theodor Barth starb als einsamer Mann in trüber Vorahnung, daß die maßlose politische Unfähigkeit des deutschen Bürgertums dem deutschen Volk eines Tages zum Verhängnis werden würde.

Die Aufgabe, Republik und Demokratie zu schützen, fällt der Sozialdemokratischen Partei allein zu. Sie wird kämpfen für Republik und Demokratie mit allen wirklichen Demokraten zusammen gegen die Politik der Deutschen Demokratischen Partei, gegen die Regierung des Uebergangs zur allbürgerlichen Reaktion. Mit stärkerer Ueberzeugung denn je darf man heute aussprechen, daß die letzte Hoffnung auf eine bessere Zukunft bei ihr und bei ihr allein liegt.

Statt Dominicus — Schiffer.

Ueber die Kabinettsbildung Stegerwalds verbreitet das WTB von gut unterrichteter Seite folgende Mitteilung:

Ministerpräsident Stegerwald, der sich dem Landtag noch einmal nach Zurückgabe seines Postens zur Wahl gestellt hat (vgl. den heutigen Parlamentsbericht, Red. d. „A.“), beabsichtigt für den Fall seiner Wiederwahl folgendes Kabinett zusammenzustellen:

- Stegerwald, Präsidium und Volkswohlfahrt,
- Fischbeck, Handel,
- Dr. Am Jahnhoff, Justiz,
- Reichsminister a. D. Schiffer (Mitglied des Reichstags und Landtags), Inneres,
- Sämisch (Präsident des Landesfinanzamts Kassel), Finanzen,
- Ministerialdirektor Warmbold, Landwirtschaft,
- Staatssekretär Prof. Dr. Becker, Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Das neue Kabinett wird sich in dem oben angezeichneten Falle am Freitag dem Landtag vorstellen.

Der Hauptunterschied der neuen Ministerliste gegen die bisher bekannte besteht in der Erhebung des in Aussicht genommenen Innenministers Dominicus durch seinen Parteikollegen Schiffer. Der Wechsel ist zurückzuführen auf Drängen der Rechten, der Dominicus, wahrlich alles andere als ein radikaler Stürmer und Dränger, noch nicht genügend rechtsorientiert war. Herr Schiffer ist der Rechten ebenso annehmbar, wie er der Sozialdemokratie nach seinem früheren Verhalten, namentlich in den Kapp-

Tagen, unannehmbar ist. Dieser Personenwechsel illustriert deutlich die völlige Abhängigkeit des Kabinetts Stegerwald von der Gnade der Deutschen Nationalen.

Dasselbe gilt von der Berufung des Herrn Sämisch auf den Posten des Finanzministers. Herr Sämisch hat sich bisher als Gegner einer energischen Grundsteuer erwiesen, die eine dringende Finanznotwendigkeit für Preußen, aber den Haus- und Landagariern äußerst verhasst ist. Diese Gegnerschaft gegen die notwendigste Steuer ist seine Empfehlung für das Kabinett Stegerwald.

Noch ein Wort zu Stegerwalds formalem Rücktritt. Noch am Dienstag hat Herr Stegerwald öffentlich verkündet, daß er nicht zurücktreten werde. Wenn er jetzt plötzlich das Bedürfnis empfindet, die „politische Atmosphäre durch seinen Rücktritt zu reinigen“, wie eine seiner Verlautbarungen sagt, so ist dies Bedürfnis offensichtlich nicht bei ihm entstanden. Man darf vermuten, daß Herr Stegerwald von den Demokraten zu diesem Schritt gedrängt worden ist, deren Unterhändler sich nicht zu der bequemen Gedächtniswache der Herren Dr. Porsch und Gronowski aufschwingen konnten, und denen ein Eintritt in das Kabinett peinlich war, das ohne Stegerwalds Rücktritt im Gegensatz zu ihrer eingegangenen Verpflichtung zustande gekommen wäre.

Das Kabinett Stegerwald stützt sich, soweit es Politiker umfaßt, ausschließlich auf Zentrum und Demokraten. Beide Parteien zusammen umfassen gerade ein Viertel der gesamten Landtagsmandate. Gegen solche ausgesprochene Minderheitsregierung haben dieselben Parteien nichts einzuwenden, denen die klare Mehrheit der alten Koalition „nicht genügend tragfähig“ erschien. Deutlicher konnten die Mittelparteien nicht zeigen, daß ihre Einwände gegen die Wiederkehr der alten Koalition nur Vorwände waren. Nicht darauf kam es ihnen an, eine tragfähige Regierungsmehrheit zu erlangen, sondern sich den Rechtsparcieen in die Arme zu werfen.

Nach einer U.-Redeung haben die Demokraten am Mittwochvormittag die Abgabe einer Erklärung beschlossen, in der sie ihre Teilnahme an der Regierungsbildung Stegerwalds rechtfertigen wollen. Das wird einigermaßen schwer fallen, denn die Demokraten haben mehrfach feierlich erklärt, weder einer Minderheitsregierung noch einer Rechtsregierung beitreten zu wollen. Das Kabinett Stegerwald ist beides.

Die Scheidenden.

Nachdem das sozialistische Ministerium Stegerwald seine Tätigkeit begonnen, werden die bisherigen sozialdemokratischen Minister wieder in die Reihen der einfachen Parteigenossen zurückkehren, aus denen sie hervorgegangen waren.

Otto Braun, der bisherige Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister, hat sich den Jörn der Agrarier mit besonderer Begeisterung zugezogen, weil er ohne Rücksicht auf das Wohlgeschrei der bisher Bevorrechteten endlich den Landarbeitern die Gleichberechtigung verschafft, die sie brauchen, um aus ihrem sprichwörtlichen Elend herauszukommen. Wenn aus den rechtslosen Landknechten von ehedem jetzt gewerkschaftlich organisierte Arbeiter geworden sind, die auf Grund von Tarifverträgen wirken, so hat dazu Brauns Beharrlichkeit einen sehr erheblichen Teil beigetragen. Der Jörn der Agrarier begleitet ihn, wenn er nach 2½-jähriger Tätigkeit aus seinem Ministerium scheidet. Aber um so aufrechter kann er den Kampf für die Interessen der Arbeiter fortsetzen, den er in seinem Amte mit großem Erfolge zu führen begonnen hatte.

Neben Braun ist Karl Severing bei den Deutschen Nationalen der bestgehächte Mann. Dieser schlichte Metallarbeiter aus Westfalen, der eine so große Energie mit ruhigem Urtell verband, hat zwar erst seit dem Kapp-Putsch die Bürde des Ministeramts getragen, aber in dem einen Jahre so viel für die Durchsetzung der preussischen Verwaltung mit demokratischen Elementen getan, daß er schon dadurch sich das Verdammungsurteil aller gewesenen Landräde zugezogen hat.

Dem einzigen Konzert des ebenso begabten, wie bescheidenen Hermann Henze wohnt man mit Vergnügen bei. Er sucht Werke, die nicht oder noch nicht dem Alltag verfallen sind, und studiert, dirigiert sie mit nicht alltäglicher Sorgfalt, Schwungvoll, anregend. Zunächst die sinfonische Suite D-Dur von Reznicek: ein großzügiges, melodiefreies Rondo, ein nach Klischee gut gearbeiteter Trauermarsch mit merkwürdigem Ausklang, ein beschwingtes, zu lang gedehntes Finale. Thematisch nicht stark genug für die Durcharbeitung zu einer Sinfonie, alles geradlinig, fein instrumentiert, unperfektlich sein, konservativ. Hugo Raus „Hollstoff“ ist origineller im Grundmotiv. Gleich die didaktische Einleitung ist von körperlicher Bildhaftigkeit, auch die fröhlichen Lieder um diese Würdevollheit herum haben eigene, von selbst verständliche Kraft. Aber die Entwicklung und Fortspinnung bleibt hausbacken. Der Witz ist stumpf, die Causerie bewegt sich auf Gemeinplätzen, die ansteckende Laune des Zehens, Abenteuerns und aufgetriebenen Renommierens erstreckt in der Dautzeit. Das ist ein Fastakt am Münchener Bierstiel, nicht mit dem goldenen Wein-Pokal in der Hand, das ist deutsche Solidität, der Shakespeares und Berdis Geistigkeiten im Bauch sitzen geblieben sind. Kein Zweifel jedoch: der Kontrepunkt des Schlußes ist meisterhaft.

Da Brinder-Jubelsatz sang mit etwas brüchig gewordenem Sopran, elegant, led und posos im Deklamieren, lauter Manuskripte, von Klaus Pringsheim schmiegsam am Klavier unterstützt. Das Beste hörte ich von Heinz Liesen. Sein Böglein Schwermut ist nicht nur in seiner expressivsten Stimmung ein historisches Stückchen, sondern auch ein wirklich schönes, der große Aufstieg in Georges „Erwachen der Braut“, die aus sinnenden Impressionen sich entwickelnden, im guten Sinne effektvollen Schlüsse eines anderen Morgensterns und Dautendendes-Liedes hatten im Gedächtnis. Der Frühlings-Kasper ist ein da-capo-Stück, aber gefährlich wirkungslos. Man sollte einen Vers wie den: „Asteren blühen im deutschen Vaterland bekanntlich bloß im Herbst“ unkomponiert lassen. Gisella Seiden-Goth, die kluge, hochgeistige Schriftstellerin, sacht Goethische Verse weniger musikalisch als intellektuell an. Das Viehhafte bleibt der Singstimme fern, das Leimotivität des Klavieres legt sich energisch durch, harmonische Feinheiten verraten starke Könnerschaft. Vieder? Ein Instrument könnte das Wort ersetzen. Man sehnt sich aus der Bemühtheit dieser starken Klänge heraus nach der reinen, lockeren, noch immer wahrhaftigsten Sing-Stimme Schuberts. Ich denke etwa an den Rufensohn. Stirbt der Jet? Julia Weismann ist sicher von den Uraufgeführten in diesem Zyklus die technisch Unreife. Aber sie hat die rechte Empfindung für das Lied, das gelungen sein will aus vollem Herzen. Ihre Abhängigkeit ist monoton, der Kreis ihrer harmonischen Gedanken klein und eng. Aber sie singt so ehrlich und lieb, sie streicht Verse ihres Gatten Alfred Kerr mit so zarten Fingerspitzen, daß man ihr stille danken möchte für ihre Unbewußtheit und für ihre noch harmlos keine Talentproben. Dem Rufensohn, der ihr ein Verschen schrieb, gibt klingend sie's zurück (müchte man sagen). Ein Rarr, ein Hoopstoper oder ein Modernist,

Mit Konrad Haenisch scheidet aus dem Kabinettsministerium — das jetzt offiziell Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung heißt — ein Parteigenosse, dessen Tätigkeit am meisten umstritten ist. Das weitestgehende Gebiet, das ihm unterstand, war besonders schwer zu bearbeiten. Hier hatte er es hauptsächlich mit geistigen Werken zu tun, und wer die zähe konservative Richtung unserer Universitäten und Hochschulen kennt, weiß die Widerstände zu würdigen, die dem sozialistischen Minister erwachsen, um so mehr, als er ja auch nur Mitglied eines Koalitionsministeriums war. Vielleicht hätte größere Entschiedenheit, zuweilen sogar Schärfe und Strenge den widerstrebenden Tendenzen mehr imponiert, als die höfliche und vermittelnde Art des Genossen Haenisch. Aber auch so kann er, der seit der Revolution auf seinem Posten stand, auf sehr wertvolle Erfolge zurückblicken.

Als vierter sozialistischer Minister scheidet Genosse Biedemann aus dem Finanzministerium, das er seit dem Kapp-Tage verwaltete. Sein entschiedenes Auftreten gegen die Milliardenforderungen der Hohenzollern genügt, um auch ihn dem Haß der Monarchisten auszuweisen.

Das parlamentarische System bringt es mit sich, daß Parteien in die Regierung eintreten und sie wieder verlassen. Jetzt sehen unsere Minister zurück und überlassen die Verantwortung den Parteien, die ein sozialistisches Ministerium vorziehen. Die Parteigenossen aber, die innerhalb der Regierung jahrelange Erfahrung sammelten, werden in dem nun notwendig werdenden Kampf gegen die neue reaktionäre, Strömung um so besser ihren Mann stehen, als sie eine innere Kenntnis der Verwaltung erworben konnten, die nordem der Sozialdemokraten allgemein verflochten war. Sie haben an beamteter Stelle ihre Schuldigkeit und mehr getan, sie werden in der Opposition als Soldaten der Partei erst recht auf dem Posten sein.

„Ausländisches Gesindel“.

Zu der Verhaftung des Kommunistenführers Brandier, der Deutsch-Böhme und dicht an der deutschen Grenze geboren ist, hatten WTB, U. und mit ihnen die gesamte Rechtspreß von „ausländischem Gesindel“ geschrieben, das sich bei uns „breit macht“ und sogar Wohnungen in Berlin bekommt, während Zehntausende von Berlinern obdachlos herumstehen.

Wir müssen dazu noch einige Bemerkungen machen: Der ermordete Talaat Pascha, ein Türke reinsten Geblüts, bewohnte in Berlin eine Zehnzimmerwohnung. Wir erinnern uns nicht, daß sich gelegentlich dieser Feststellung ein rechtsstehendes Organ über die Wegnahme dieser Wohnung durch „ausländisches Gesindel“ beschwert hat. Bei der Beerdigung der ehemaligen Kaiserin haben Offiziere russischer Regimenter, die in Berlin wohnen, sich beteiligt. Die rechtsstehende Presse hat mit großem Wohlgefallen das Belleid dieser Leute registriert, die vor wenigen Jahren noch im blutigen Kampf mit deutschen Truppen gestanden haben und möglichst viel Deutsche zu töten suchten. Von „ausländischem Gesindel“ war keine Rede.

Aber die Sache hat noch weit größere Bedeutung. Wie ungenau propagandistisch für Deutschland muß es wirken, wie muß es den deutschen Gedanken unter den Millionen Auslandsdeutschen stärken, wenn ein offizielles Telegraphenbureau die außerhalb der deutschen Grenzen geborenen Deutschen als „ausländisches Gesindel“ beschimpft. In der Tschechoslowakei leben 3/4 Millionen Deutsche, die genau wie Brandier mit den Worten „ausländisches Gesindel“ und „Tschechoslowakei“ getrossen werden. Die Deutsch-Böhmen, die Deutschösterreicher, die Deutschschweizer, die Deutschbaltten, die Deutschamerikaner usw. usw., sie alle fallen nach der neuesten Ausdrucksform des WTB. künftig unter den Begriff „ausländisches Gesindel“. Wäre das WTB. damit einverstanden, wenn nach seinem Vorangang jetzt z. B. jemand den General v. Freitag-Boringhagen, weil seine Wiege im Baltensland gestanden hat, unter den Begriff des „ausländischen Gesindels“ rubrizieren wollte?

Ruß man an sich schon bedauern, daß Nachrichtenbureau sich zu tendenziöser Hege hergeben, so muß man die schmutzige und sinnlose Art, in der hier gehetzt wird, doppelt und dreifach verurteilen.

Summarisches.

Konzert-Umschau.

„Des Sonntags, in der Morgenstund“, wie wandert sich's so schön. Das Wandern bekommt nicht immer gut. Zuerst das Große Schauspielhaus: 120 hervorragende Musiker der Staatsoper, ein geistig starker Kapellmeister, Siedergang an ihrer Spitze, und jedermann erwartet sich ein Fest. Siedergang mag noch so sein zu schillern versuchen, in diesem Raum klingt alles ungeschaffen, gleichmäßig, unretouchiert. Leonore III, Euryanthe, Don Juan — der große Schwung teilt sich mit, nicht aber die Schwebung, das Säufeln, das Intime. Weiter zur Volksbühne. Hier hat Siedergang den Stab an Scherchen abgegeben zu einer frühlingshaften Mozart-Stunde. Gemacht: Die Freude wird vergällt. Der Hüter des Rings läßt die Tür verschlossen. Ich legitimiere mich, er bleibt unbeteiligt, ungerührt. Presse? „Von der Presse verlangt man, daß sie pünktlich ist“. Die Diskussion breche ich aus Kompetenzgründen ab; man könnte uns Musikkritikern in den vielen, neu aufschließenden Konzerträumen zutruhen, daß wir Aufführungen nicht stören, auch wenn wir aus dienstlichen Gründen den Anfang versäumen. Später erkenne ich in der Dunkelheit, daß ein paar Damen suchend herumstehen und ihre Plätze nicht fanden. Sie waren sicher zu spät gekommen, hätten aber gewiß bessere Beziehungen als ich. Venderung tut not. Ich überzeuge mich, daß Scherchen sehr musikalisch aus der Studier-Partitur dirigiert, daß ein kleines, gutes Orchester hier einen wundervollen, weichen, frühlingshaften Es-Dur-Klang hergeben kann und wanderte in die Sonne zurück, die mir nicht gesperret war.

Am „Anbruch“ war Otto Klemperer zitiert worden, um Schönberg zu dirigieren. Ein großer Publikumsärm hindert den Anfang. Der Dirigent hat recht, wenn er den Pianissimo-Einschlag der Celli und Bratschen nicht vom Riesen, Husten, Stühlerücken begreifen lassen will. Er zögert. Aber ein wohlgezogener Tribunensbesucher des Stadtparlaments schreit ihm zu, er möge endlich anfangen. So wird man unsanft in eine „Berlärte Nacht“ eingeführt. Dieses Frühwerk des futuristischen Mannes ist ein Dank an den Meister der Ribelungen und des Tristan, ein wunderschönes Klangbild mit tiefen Ahnungen von Welt und Menschen, mit einem überhörschen Flimmern und silbernen Zittern lebendiger Ton-Symbole. Ein wahrhaftiges Sprechen und Beuten ist da, und ein schönes Schweigen in liebender Nacht, und eine Sehnsucht klingt hoch und heigert sich gewaltig und versinkt im allerschwebenden Blau der Liebe. „Zwei Menschen gehn durch hohe, helle Nacht“. Ob Klemperer das alles fühlt? Er ist ein sehr sicherer, temperamentvoller Führer, im Detail viel Feines entdeckend. Aber er hängt an den Noten, versucht und überlegt Uebergänge, ersicht Herz und Anbruch durch Impulsivität. Die Präzision leidet und wird immer leiden, wenn dem Werk nicht endlich wieder seine Originalfassung als Szepter zurückgegeben wird. Busch, Klingler, Rosé — hier ist eine Aufgabe!

wer mehr verlangt. Ich halte es mit Schubert; weniger mit Schönberg oder Debussy, dem in einer leidvoll erlebten Sonate Frau Kwast-Hodapp und Herr Giltay, der Geiger, bereichte Künstler wurden. Dr. Kurt Singer.

Freiwillige Kulturabgabe. Das Schiller-Theater Charlottenburg, das bereits 1 Proz. der Einnahmen aus allen Aufführungen von Schillerischen Werken an die Schiller-Stiftung abführt, wird von jetzt an auch aus den Aufführungen der Goethischen Werke 1 Proz. zur Erhaltung des Goethe-Hauses und des Goethe-Museums in Frankfurt a. M. dem Freien deutschen Hochstift zur Verfügung stellen. Außerdem wurde ein einmaliger Beitrag von 1000 M. für den gleichen Zweck genehmigt.

Ein Musikfest unter der musikalischen Leitung Paul Schein-pfings und unter Mitwirkung erstklassiger Solisten veranstaltet die Stadt Duisburg vom 1. bis 3. Juli d. J. Außer Bruckners 7. Symphonie und Mahlers „Lied von der Erde“ kommen als Hauptereignis Arnold Schönbergs „Gurre-Lieder“ mit Chor und Orchester zweimal zur Aufführung. Eine Kammermusik-Matinee mit Werken jungerdeutscher Komponisten ist ebenfalls vorgesehen. Ein Festbuch in künstlerischem Gewande mit Beiträgen namhafter Musikautoren ist in Vorbereitung.

Die neue Rechtschreibung! Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, Bezirksgruppe Berlin, fordert eine durchgreifende Neuordnung der Rechtschreibung: 1. Kleine Anfangsbuchstaben der Dingwörter, wie im Alt- und Mittelhochdeutschen. 2. Befestigung aller Dehnungszeichen. 3. Bontreus Schreibung. 3. B. f für v. 4. Klisché.

Neue Erfolge des Esperanto. Die X. internationale Konferenz des Roten Kreuzes in Genf nahm eine Entschliessung an, die alle Organisationen des Roten Kreuzes auffordert, ihre Mitglieder, besonders die Jugend, zur Erlernung des Esperanto zu ermutigen, als eines der wichtigsten Hilfsmittel des internationalen Verständens. — Der Ranton Genf hat Esperanto als obligatorisches Unterrichtsfach in den Schulen eingeführt.

Der Aufbau der Universität Jerusalem. Nach den bisherigen Plänen soll die Universität Jerusalem eine Fakultät für jüdische und orientalische Wissenschaften (Phäologie, Literatur, Geschichte, Recht, Archäologie, Religion und Philosophie) enthalten, die sich vorwiegend mit der jüdischen Wissenschaft, aber auch mit der arabischen und den sonstigen Sprachgebieten befaßt. Diese Fakultät wird zugleich auch als Lehrinstitut eingerichtet und wird jüdische Grade verleihen. Ein Forschungsinstitut für die hebräische Sprache schließt sich an. Weiter sind ins Auge gefaßt für den Anfang reine Forschungsinstitute für Physik, Chemie und Mikrobiologie. Eine Schule für Rechts- und Staatswissenschaft soll der Universität angefügt werden.

Theater. Staatsoper. An der heutigen „Monatise“ Aufführung liegt Frau Kemp die Titelrolle — Im Deutschen Opernhaus findet am Samstagabend eine Aufführung des „Jugensboron“ statt mit Bernhard Bötel in der Titelrolle. Dr. Stolzenberg wird die Salk singen.

Die Klein-Stiftung hat einen neuen Vorstand gewählt, der aus Julius Dab, Geheimrat, Alfred Böllin, Dr. Romy Jacobs, Leopold Jesner und Herbert Speing besteht. Vertrauensmann für das Jahr 1921 ist Quinus Dab.

Groß-Berlin

Wohnungsfrage und Schlafgängerwesen.

Ein Beitrag zur sittlichen Erneuerung.

Die Wohnungsverhältnisse sind, wie selbst bürgerliche Kritiker betonen, für die Bewahrung der Sittlichkeit eines Volkes von ausschlaggebender Bedeutung. Von der Lösung der Wohnungsfrage hängt der wirtschaftliche, von der Lösung der Wohnungsfrage der sittliche, soziale und kulturelle Bestand einer Gemeinde ab. In eindringlichster Weise hat auf die Bedeutung der Wohnungsfrage und ihre Beziehung zum Schlafgängerwesen unser Genosse Ministerpräsident a. D. Paul Hirsch in einer vor einiger Zeit erschienenen Schrift: „Die Aufgaben der Kommunalpolitik“ hingewiesen. Er sagt darin u. a.:

„Jeder Versuch, die Familie rein und gesund zu erhalten und sie sozial zu fördern, wird sich als ein Versuch mit untauglichen Mitteln erweisen, wenn er nicht das Uebel an der Wurzel fängt, d. h., wenn er nicht mit der Beseitigung des gesundheitlich und sittlich in gleicher Weise schädlichen Wohnungsleidens beginnt. Wie sehr die Wohnungsfrage, die sich ja nicht nur in einem Mangel an Wohnungen, sondern auch in zu hohen Mietpreisen und in weiterer Folge in der Ueberfüllung der Wohnungen äußert, das Familienleben zerrütet, wieviel sie zur sittlichen Bewahrung unserer Kreise der Bevölkerung beiträgt, wie insbesondere das mit der Wohnungsnot in engstem Zusammenhang stehende Schlafgängerwesen die Prostitution und das Verbrechen fördert, ist leider nur allzu bekannt.“

In sittlicher Beziehung ist die Gefahr des Schlafgängerwesens eine doppelte: es wird entweder der Vermieter und seine Familie oder aber der Inhaber der Schlafstelle geschädigt. Man denke sich, auf einen wie engen Raum oft eine ganze Familie zusammengedrängt ist, wie schwer eine Trennung der Geschlechter bisweilen selbst dann sich ermöglichen läßt, wenn der Geschlechtstrieb der heranwachsenden Kinder bereits in der Entwidlung begriffen ist! Die Kinder wohnen selber nur allzu häufig selbst den intimsten Vorgängen bei und verlieren schon früh jedes Schamgefühl. Wörtlicher sagt: „Sie (die Schlafmädchen) schlafen dann in der Regel mit einem der Kinder in einem Bette, was bei dem lockeren Leben vieler dieser Mädchen fast mit Notwendigkeit zu einer frühzeitigen Verderbnis der Kinder solcher Arbeiterfamilien führen muß.“ Und der berühmte Forscher Forel kommt zu folgendem vernichtenden Urteil: „Wenn Vater, Mutter und Kinder in derselben Stube nicht nur wohnen, sondern auch schlafen und oft sogar im gleichen Bett zusammenliegen, bleibt für das Schamgefühl wohl keine Stelle mehr übrig. Es gibt Städte, in deren Proletariat es nur wenig 14jährige Mädchen gibt, die noch keusch, d. h. Jungfrauen sind.“

Wenn irgendwo, so könnten die Gemeinden hier gegensteuern werden, denn sie vor allem haben es in der Hand, durch sozialpolitisch vernünftige Bauordnungen die Spekulation in Grund und Boden einzudämmen und das Mietsteigerentum zu beseitigen; sie haben es in der Hand, rechtzeitig Baugelände zu erschließen, die Baupläne den Bedürfnissen der Mieter anzupassen, statt auf die Wünsche und Interessen der Grundbesitzer Rücksicht zu nehmen; sie haben es in der Hand, durch die Schaffung guter Verkehrsverbindungen die arbeitende Bevölkerung das Wohnen in guter Luft zu ermöglichen.“ So weit unser Genosse Hirsch.

Nun aber ist es mit der Gefahr der Massen zu Ende. Das neu erwachte sittliche Bewußtsein des Proletariats, wie es sich auch besonders in der proletarischen Frauen- und Jugendbewegung äußert, duldet derartige schmachvolle Zustände des Berliner Wohnungs- und Schlafstellenwesens nicht länger mehr. In dem Wirtschaftsteil des „Vorwärts“ Nr. 179 vom Sonntag, den 17. April, ist ein von den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung der SPD. und USV. gemeinsam eingebrachter Antrag zur nächsten Stadtverordnetenversammlung abgedruckt worden, der die Forderungen der Berliner Arbeiter- und Angestelltenchaft hinsichtlich Organisation des Wohnungs- und Siedlungswesens, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Behebung der Wohnungsnot, der Grundfrage der Bauausführung und der entsprechenden Forderungen an Reich und Staat formuliert. Dieser Antrag deckt sich teilweise auch mit einem Antrag der Demokraten, während die SPD. dafür kein Interesse gehabt hat. Hier sind Wege gemapfen, die praktisch gangbar sind. Dieser Antrag kommt als

22. Punkt auf der Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung. Aus dem Verhalten der äußersten Rechten wie der äußersten Linken wird das Volk von Berlin ersehen können, wie weit es diesen Verulen um das wahre Wohl des Volkes ernst ist.

SPD.

Elternbeiräte Groß-Berlins!

Donnerstag, den 21. April, abends 7 Uhr, in der Aula des Dorotheenstädtischen Realgymnasiums, Dorotheenstr. 12 (Bahnh. Friedrichstraße):

Vollversammlung

Tagesordnung:

1. Der Aufruf des Oberstadtschulrats Paulsen. Referent: Genosse Prof. Dr. Paul Destreich
 2. Elternbeiräte und Partei. Referent: Genosse Lehrer Richard Schröder.
- Parteiliedbuch dient als Musikweis.
Alle parteigenösslichen Lehrer sind eingeladen.

Der Zentralarbeitsausschuß der SPD-Elternbeiräte Groß-Berlins.

Sehe gegen einen sozialdemokratischen Pädagogen.

Der Studienrat Genosse Dr. Ostrowski in Rankwih, der zwei Jahre hindurch das Amt des Rankwih Gemeindeverwalters verwaltete, wird seitdem von bürgerlicher Seite mit heftigen Angriffen verfolgt. Als es bekannt wurde, daß er bei Beginn dieses Sommerhalbjahres zu seiner pädagogischen Tätigkeit zurückkehren werde, begannen in Elternkreisen neue Treibe- reien gegen ihn. Noch ehe er sein Amt am Realgymnasium übernommen hatte, richteten 21 Rankwihler, deren Söhne diese Anstalt besuchen (im ganzen hat sie etwa 400 Schüler), an Minister Haenisch die Forderung, Ostrowski zu ver- setzen. Das sei, behaupteten sie, nötig „zur Vermeidung großer Unzutraglichkeiten und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Rankwih Realgymnasium“. Ostrowski „genieße weder das Vertrauen der Eltern, noch die Achtung der Schüler“. Gegen dieses Vorgehen der 21 hat die Arbeitsgemeinschaft so- zialistischer Elternbeiräte des 12. Verwaltungsbezirktes (Steglitz, Rankwih, Niefernsehe) eine Erklärung beschlossen, die hauptsächlich folgendes ausführt:

„Es erscheint unverständlich, wie durch die Ausübung der pädagogischen Tätigkeit eines anerkannten Schulkollegen Ruhe und Ordnung gestört werden und grobe Unzutraglichkeiten entstehen könnten. Vielmehr wird die Absicht, durch Vereinfachung der Eingabe in der Presse die Schüler von vornehmigen gegen ihren Lehrer aufzuheben, als empörendes Mittel, die allgemeine Disziplin zu untergraben, empfunden. Wenn dann weiter Herrn Dr. Ostrowski das Vertrauen der Eltern und die Achtung der Schüler abgesprochen wird, kann darin nur eine persönliche Beleidigung erblickt werden, die in der Hauptsache auf seine Ineohörigkeit zur sozialistischen Partei zurückzuführen ist. Mit demselben Rechte könnte bei solcher Vorgehensweise gegen sämtliche sozialistische Lehrer und Leh- rerinnen vorgegangen werden. Wer aber ohne parteipolitische Ge- hälligkeit den Chorale Dr. Ostrowski und seine Tätigkeit als So- zialpolitiker und Jugendzieher prüft, wird sich von seiner Selbst- losigkeit, seiner Ehrenhaftigkeit und pädagogischen Eignung über- zeugt haben. In diesem Sinne hat sich auch das Ministerium ge- äußert. Gerade durch seine zielbewußte Fürsorge um die Schuljugend hat er sich die Dankbarkeit des größten Teiles der Elternschaft erworben. Rückblickend muß man das, was er während seiner zweijährigen Amtszeit für die Jugend ge- leistet hat, als segensreich anerkennen. Darum werden die Eltern, die einen gesunden Fortschritt in unserer Jugendbildung erleben, mit allen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln dafür ein- treten, daß Dr. Ostrowski seinem Berufe als Jugendzieher er- halten bleibt.“

Gleichzeitig hat die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Eltern- beiräte ihrerseits an Minister Haenisch eine Eingabe gerichtet.

die Schul- für Ostrowski fordert. In ihr wird über seine ehrenamtliche Tätigkeit als Gemeindeverwalter gesagt, daß er „über- ordentlich für die Rankwih Jugend geistig, indem er planvoll und zielbewußt die öffentliche Erziehung der Kinder nach großen sozialen Gesichtspunkten zu reformieren suchte. Hingewiesen wird u. a. darauf, daß er in Rankwih den Montessori-Kindergarten ge- schaffen, die Grundschule durchgesehen, Förderkurse eingerichtet und durch Berufung reformerisch gesinnter Lehrer den Wünschen sehr vieler Eltern Rechnung getragen habe. Ueber Ostrowski als Schulkol- mann sagt die Eingabe:

„Seine hervorragende persönliche Eignung zum Erzieher ist von vielen Eltern verbürgt. Auch konnte ihm von keinem Gegner nachgewiesen werden, daß er die Schule benutzte, um parteipolitisch zu wirken. Die Unterzeichneten sehen in den sich wiederholenden An- griffen auf diesen wahrhaft sozial empfindenden Erzieher den Ver- such eines kleinen Kreises engstirniger Eltern, die um die altber- ebrachten Vorrechte ihrer Kinder bangen und für die moderne Erziehung der Kinder weiter Vorkämpfe nicht das geringste Ver- ständnis haben.“

Dieselbe Eingabe ist von der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Elternbeiräte auch dem Oberstadtschulrat Paulsen überliefert worden.

Das Regierungshochhaus in Berlin.

Kürzlich wurden in der Presse Mitteilungen gemacht über die Anregung des Reichsministers des Innern, die wichtigsten Reichs- ministerien in einem zu erbauenden Hochhaus zu vereinigen. Bei dieser Idee wird, wie die SPD. in Ergänzung der bisherigen Mitteilungen hinzulegen können, in erster Linie an die Möglichkeit von Ersparungen gedacht. Die Reichsministerien liegen heute in den verschiedensten Teilen Berlins zerstreut; mit der damit ver- bundenen erheblichen Erschwerung des Dienstes und des großen Zeitverlustes ergeben sich gleichzeitig große Unkosten für Auto- mobile, Benzin, Botendienste usw. Hier könnten durch eine Zu- sammenschließung wesentliche Ersparungen gemacht werden. Auch die Ubfertigung des Publikums ließe sich auf diese Weise mit viel größerer Beschleunigung erwarten, es würden ihm weniger zeit- raubende Gänge und Fahrten zugemutet werden. Die Errichtung eines Hochhauses für die Reichsministerien in der Nähe der Reichs- kanzlei würde somit zweifellos einen organisatorischen Fortschritt bedeuten.

Vom finanziellen Standpunkt aus ist hervorzuheben, daß viele Reichsbehörden in Miethäusern verhältnismäßig teuer untergebracht sind. Würden die großen Ministerien in einem Hause zusammen- gezogen, so böte sich die Möglichkeit, eine Reihe der im Hochhaus nicht aufgenommenen Dienststellen in den freigewordenen öffent- lichen Gebäuden unterzubringen. Dadurch könnten teure Miet- erspart werden. Für die Frage des Wohnungsmangels in Berlin würde ein solches Hochhaus, das Landende von Räumen freimachen würde, von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein. Diejenigen Gebäude, die nicht für andere Zwecke der Behörden verwertet werden würden, könnten verkauft werden. Da sie fast durchweg in den teuersten Gegenden der Stadt liegen, so wäre anzunehmen, daß die erzielten Preise sich sehr günstig stellen würden. Die Kosten des Regierungshochhauses würden dadurch wesentlich ermäßigt werden.

Für die Verwirklichung des Plans stehen verschiedene reichs- eigene Grundstücke zur Verfügung. Interessante Projekte für Hoch- häuser in Breslau, Leipzig, Dresden, Düsseldorf und anderen Orten zeigen, daß der Gedanke der Hochhäuser die deutsche Architektenschicht lebhaft beschäftigt und sie bereits zu schöpferischen Taten an- geregt hat. Auch hat gerade der Gedanke der Zusammenführung der Reichsbehörden in einem umfassenden Hochgebäude bereits Pro- jekte veranlaßt, die wertvolle Gedanken enthalten.

Nicht zu viel Schularbeiten.

Eine Verfügung des Genossen Janisch an die Provinzialschul- kollegen wendet sich gegen die Ueberlastung der Schüler und Schülerinnen mit Hausaufgaben. Es darf in den unteren und mittleren Klassen keine häuflige Haus- aufgabe gestellt werden, die nicht unmittelbar aus dem Klassenunter- richt hervorgeht. Bestimmte Arbeiten müssen in den Klassen vor- bereitet werden. Die häusliche Arbeit darf durch erd- und natur- kundliche Zeichnungen nicht in Anspruch genommen werden. Den Eltern soll keine Arbeit aufgebürdet werden, die Sache der Schule ist, sonst werde nur ein ungelobtes Nachhilfswesen geschaffen. Der Verstoß soll beschränkt und jede unnötige Belastung des Gedächtnisses vermieden werden. Die Schule soll dem Unterricht vergeistigen und verinnerlichen. Die Fachlehrer sollen auch hierin zusammenarbeiten, die Gesam- und Fachkonferenzen sich damit befassen und die Arbeitspläne darauf

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Regä.

4. Ein willkommener Gast.

Stine war mit ihrer Stridarbeit fertig und hatte den Proviantkorb geleert, obwohl es noch lange nicht Vesperzeit war; aber so wurde ihr die Zeit nicht so lang. Sie lang- weilte sich! Die Einsamkeit auszufüllen, war nicht leicht; spie- len mochte sie nicht, sie war auch nicht mehr dafür veranlagt, und die Tiere waren keine Gesellschaft für sie. Sie inter- essierte sich für sie, soweit ihre Pflichten es verlangten, gab acht, daß sie keinen Schaden anrichteten, und daß ihnen selbst nichts zustieß, und sie hatte sie auch gern. Das zeigte sich be- sonders, wenn dieses oder jenes Stück Jungvieh unglück- lich gehabt hatte, wenn es sich am Stahldraht verlegt hatte oder von dem älteren Vieh gestochen worden war. Dann war sie ernstlich beschäftigt, und ihre Fürsorge wollte kein Ende nehmen, solange sie damit zu schaffen hatte. Aber zu einem vertraulichen Verhältnis zwischen ihr und den Tieren kam es nicht; Ruhe waren Kühe, und Schafe waren Schafe — wie die übrige Natur etwas ganz Selbstverständliches. Ihr Tun und Treiben interessierte sie nur, soweit es mit ihrer Arbeit in Verbindung stand; oft konnte das Vieh recht drollig sein, aber ihr Herz hing nicht an ihm.

Stine war ein kleines gefelliges Wesen; sie mußte zwei plaudernde Stimmen im Ohr haben, und die eine davon mußte am liebsten ihre eigene sein. Es war mindestens ebenso unterhaltend, selber zu schwätzen wie zuzuhören — wenn man nur jemanden hatte, zu dem man schwätzen konnte. Sie sah oben auf dem obersten Rande des Ackers und starrte in die Welt, front im Gemüt vor Langeweile und Sehnsucht. „Wenn doch nur etwas geschehen möchte — etwas recht, recht Unterhaltendes!“ dachte sie und wiederholte es laut ein über- andre Mal, um gegen die Leere anzugehen. Und plötzlich schwieg sie und redete den Hals. Sie wollte nicht glauben, was sie sah, und schloß die Augen fest; aber als sie sie öffnete, war es wieder da. Weit drüben auf der Landstraße kam ein Knabe gerannt. Er eilte quer über die Felder, schreiend und winkend, das Schulrängel über der Schulter! Stine war nicht

einmal imstande, ihm entgegenzulaufen; sie sah steif da und schluckte laut vor Freude.

Christian warf sich vor ihr ins Gras, ohne ein Wort zu sagen; so lag er eine Weile schnaubend da. „Du hast ja die Schule geschwänzt“, sagte Stine, nachdem sie sich gesammelt hatte — und machte einen Versuch, streng auszusehen. Aber es ging nicht recht, denn heute war sie im Grunde dankbar für den Vagabundiertrieb des Jungen. Der Bursche strichte als Entgegnung nur die Zunge heraus. Er antwortete auch nicht auf ihre vielen Fragen, sondern lag bloß da und holte Atem, die schwarzen Fußhohlen in die Luft haltend. Sie trugen manderlei Male und Narben; über der einen Ferse sah man einen tiefen Riß, der wahrscheinlich von einer Glascherbe her- rührte, auf die er getreten war. Stine nahm die Wunde näher in Augenschein, sie war schwarz von Schmutz. „Du mußt ein Tuch darum legen“, sagte sie und drückte leicht darauf. „Sonst wird es eitern.“

„Bah, ich hab's gestern gekriegt, als ich aus der Schule stief. Es ist schon geheilt. Ich laufe bloß auf den Zehen!“

Dann war er wieder auf den Beinen; er war nicht her- gekommen, um zu faulenzeln. Er verschaffte sich hastig einen Ueberblick über das Terrain. „Laß uns dahin gehen!“ sagte er und zeigte nach dem Moor hinunter. Hier oben war es nicht sonderlich interessant.

Stine zeigte ihm ihre Schlupflöcher im Gebüsch. „Das ist famos“, sagte Christian anerkennend. „Aber der Eingang muß verdeckt sein, damit man das Nest nicht finden kann — sonst ist nichts dran. So macht es ja jeder Vogel, das weißt du doch.“ Nun, Stine war ja kein Vogel und wollte sich nicht verbergen, sie hatte es hauptsächlich so eingerichtet, um gegen Sonne und Wetter geschützt zu sein. Aber Christian zeigte ihr, wie man die Zweige zusammenflechten konnte, da- mit der Eingang gar nicht zu sehen war. „Dann kannst du spielen, daß du einer bist, der etwas getan hat und sich ver- decken muß“, sagte er. Stine sah ihn erstaunt an; sie be- griff nicht, wie so das Vergnügen machen konnte.

Aber wie natürlich froh der Junge über alles war! Selbst an den braven Kühen entdeckte er etwas Neues; die eine war so, und die andere benahm sich so. Für Stines Gemüt war hier auf der Weide nicht viel Nährstoff vorhanden gewesen, aber Christian betrachtete alles mit Verwunderung, als wäre es soeben vom Himmel herabgefallen und nicht allbekannt und selbstverständlich.

Die Moorlöcher machten ihn ganz verrückt. Sein erster Gedanke war, eine Brücke nach einem der vielen Hügel zu schlagen. — Inseln nannte er die Hügel! Das ließ sich mit Hilfe von ein paar Stangen und Birkenreisern machen. Stine mußte ihm das Material anweisen. So konnte man all die Inseln miteinander in Verbindung bringen und in der ganzen Welt umherreisen.

„Hier ist es großartig!“ sagte er und wiederholte es so oft, daß Stine schließlich ganz gereizt wurde.

„Ich finde es zu Hause unterhaltender“, sagte sie.

„Weil du ein Dummrian bist“, erwiderte Christian.

„Aber du kannst ja nach Hause kommen und statt meiner da bleiben.“

So hatte er früher nie mit ihr gesprochen; aber hier war sie so unbedingt die Kleinere, daß aller Respekt von selber verloren ging. Ja, sie hätte nichts gegen den Tausch einzu- wenden gehabt; aber es ließ sich nun einmal nicht machen.

„Woher bekommst du zu essen?“ fragte Christian plötzlich, mitten während des Spielens.

Stine starrte ihn einen Augenblick versteinert an, dann begann sie zu laufen, den Hügel hinan. „Komm, beei dich!“ rief sie. Wenn es Mittag wurde, mußte sie hier von den Feld- dern aus die alte Stubber Mühle im Auge behalten, aber heute hatte sie das vollständig vergessen. Nun, die Luft war noch nicht geöffnet!

„Das ist schlecht eingerichtet“, sagte Christian, „denn wenn du unten beim Vieh bist, kannst du die Mühle ja gar nicht sehen. Sie sollte lieber ein Signal geben — denn hören kann man doch immer.“

„Ein Signal?“ Stine sah ihn dumm an.

„Ja, auf etwas hämmern — natürlich!“

Sie sahen oben und behielten die Luft im Auge. Jetzt hatte Christian sich beruhigt, und es ließ sich ein vernünftiges Wort aus ihm herausholen; Stines Gesichtsausdruck war lauter Neugierde. „Ist bei einem im Dorf was Kleines an- gekommen?“ fragte sie und beobachtete gespannt seinen Mund.

„Ja, bei der Martha!“ antwortete Christian und warf den Kopf herum.

„Das ist ja nicht wahr, Junge. — du lägst!“ Stine konnte ausrechnen, daß es nicht stimmte.

„Nein, aber sie kriegt was — die Witwe von Lars Jensen erzählt es. Ich hab' selber gehört, wie sie es sagte!“

(Fortf. folgt.)

Preussischer Landtag.

11. Sitzung, Mittwoch, den 20. April, mittags 1 Uhr.

Präsident Beinerl eröffnet die Sitzung.
Einen gemeinsamen Antrag der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten auf Annahme eines Beschlusses über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialparlamenten wird nach längerer Aussprache einem neu einzusetzenden Verfassungsausschuss von 29 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrages Dr. von Krause (D. Sp.), mit dem das Staatsministerium ersucht wird, das Gesetz über die Zuteilung der Restkreise von Westpreußen (Elbing, Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg) zu dem Kommunalverband Ostpreußen zur schleunigsten Verabschiedung vorzulegen. In Verbindung damit wird der weitere parteiunabhängige Antrag beraten, den jetzigen Teil des ehemaligen Regierungsbezirks Marienwerder als Regierungsbezirk bestehen zu lassen und diesem Bezirk den Namen Westpreußen zu geben.

Die beiden Anträge werden nach längerer Aussprache dem Verfassungsausschuss überwiesen.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf schleunigen Bau des Häfens Hafens geht nach Begründung durch den Abgeordneten Witt (D. Sp.) und nach zustimmenden Erklärungen der Regierung und der Abg. Peters-Hochdorn (Soz.), der den Bau insbesondere als produktive Erwerbsloshilfe begrüßt, und den Abg. Hoff (Dem.) an den Hauptausschuss.

Es folgt die Beratung deutschnationaler Anträge auf

Aufhebung der Zwangswirtschaft des Getreides, der Milch, der Butter und des Zuckers.

Abg. Schlange (D. Nat.): Wir sind auf die inländische Produktion angewiesen, die nur gehoben werden kann, wenn der gute Wille der deutschen Landwirte nicht ermordet wird. Der Führer des Bauernvereins, Herr Dr. Böhm (Protestant), der die Demokratie behauptet, doch unter Antrag nur aus agitatorischen Gründen gestellt sei. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Wir befehlen das auf das entschiedenste. Wenn die Getreidezwangswirtschaft nicht aufgehoben wird, so ist das zu einem großen Teile auf den Widerstand der Reichsgetreidestelle zurückzuführen. Die Reichsregierung muß den Mut finden, auch gegen das Geschrei der Straße zu regieren. (Ohoh-Rufe links.) Die Erbitterung auf dem Lande ist maßlos gestiegen. Die Landwirte werden durch solche Verordnungen direkt gezwungen, auf unrechten Wegen zu wandeln. Bedenken Sie: wenn die Erzeugung knapp wird, hungern die Städte zuerst. (Zuruf des Abg. Limberg (Soz.): Die Landwirte aber lassen sich nicht! Das Vertrauen der Landwirtschaft zur Reichsregierung ist auf das schwerste erschüttert. (Zuruf des Abgeordneten Limberg: Trotz der bürgerlichen Regierung?) Jawohl, aber hauptsächlich wegen des preussischen Landwirtschaftsministers Braun. Das Land kann sich eine Reichsgetreidestelle nicht mehr länger gefallen lassen, in der die führenden Leute ein Amtsgerichtsrat und ein Maschinenfabrikant sind. Es wird die Zeit kommen, wo die Landwirte eine solche Regierung nicht mehr unterstehen und es nicht mehr dulden werden, als Staatsbürger zweiter Klasse zu gelten. (Hört, hört! Ohoh-Rufe links.)

Abg. Dr. Rothhold (D. Nat.) begründet einen Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Zwangswirtschaft in Milch und Butter aufgehoben und die des Zuckers aufgehoben werden; wenn man die Milch erfassen wollte, so müßte man in jeden Kuhstall einen Gefanten setzen. In Berlin beträgt der Milchpreis, der dem Lieferanten gezahlt wird, 1,45 M. pro Liter.

Abg. Wittich (Soz.):

Ihre (nach rechts) Anträge haben nur agitatorischen Zweck. Sie betreten einen Weg, der für Sie und die deutsche Bevölkerung verhängnisvoll ist. Wir machen das nicht mit. Die Zwangswirtschaft ist hervorgerufen durch den Mangel an Lebensmitteln. Sie hat während des Krieges nicht funktioniert. Erst nach der Revolution, als die Arbeiter- und Soldatenräte fröhlich durchzogen, hat sie zu funktionieren begonnen. An dem Versagen während des Krieges haben die preussischen Land-

wirte schuld. Es ist nicht wahr, daß die Zwangswirtschaft an der Preiserhöhung die Schuld trägt. Wenn Herr von den Osten hier einmal behauptet hat, nur unter der Zwangswirtschaft wäre es möglich, daß für Kartoffeln ein Wucherpreis von 10 M. pro Zentner bezahlt werden müßte, wie verhält sich die Sache denn jetzt, da die Zwangswirtschaft aufgehoben ist? Und was sehen wir? Wir müssen jetzt

60 bis 70 Mark für den Zentner

Kartoffeln bezahlen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es ist eine Schwäche des Reichs Ernährungsministeriums gewesen, überhaupt einen Teil der Zwangswirtschaft aufzuheben. Dieser lächerliche Abbau war ein Fehler. Im übrigen stelle ich fest, daß während der Zwangswirtschaft das Vieh beträchtlich an Zahl zugenommen hat. Man vergißt, wenn man Vergleiche zieht mit den Produktionsjahren 1912/20, daß wir einige Gebiete infolge des Friedensvertrages abtreten mußten. Kein Arbeiter und Angestellter ist in der Lage, mit den Preisen der Landwirtschaft Schritt zu halten, dies gibt neue Bohntämpfe, und so ergriff sich die Schraube ohne Ende. Dem zweiten Teile des deutschnationalen Antrages, die beschlossene Form für die Getreidebewirtschaftung für das neue Erntejahr endgültig bekanntzugeben, stimmen wir zu. Dagegen lehnen wir den ersten Teil, die Zwangswirtschaft möglichst bald aufzuheben, mit aller Entschiedenheit ab. Wir halten nicht unbedingt an der Zwangswirtschaft an sich fest, doch es müssen Uebergangsformen geschaffen werden, die Gewähr dafür bieten, daß bei gesteigerter Produktion

das Bedürfnis der Bevölkerung gedeckt

ist. Die Erfahrungen mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Eier und Fleisch haben uns äußerst vorsichtig gemacht. Wir sprechen uns für das Umlageverfahren aus, wie es der preussische Landwirtschaftsminister Braun vorge schlagen hat, weil dadurch der Landwirtschaft die Zufuhr von preiswertem Dünger gesichert wird. Ein Eingriff in die Milchwirtschaft wäre ein Verbrechen, da dabei

das Leben unserer Kinder

auf dem Spiele steht. Obwohl die Anträge nur aus agitatorischen Gründen gestellt worden sind, werden wir sie ruhig erwägen und sind für ihre Ueberweisung an den Landwirtschaftsausschuss. (Beifall b. d. Soz.)

Präsident Beinerl verliest folgende

Erklärung des Ministerpräsidenten Stegerwald:

Im Laufe der Verhandlungen über die Bildung des Staatsministeriums ist mir zur Kenntnis gekommen, daß ein Teil der bei der Wahl zum Ministerpräsidenten auf mich entfallenen Stimmen unter irriger Voraussetzung abgegeben ist. Da ich nicht gesonnen bin, aus diesem Anlaß wegen vermeintlichen Mißbrauchs des in mich gesetzten Vertrauens Angriffe gegen meine persönliche Ehre auf mich zu ziehen, halte ich eine erneute Wahl des Ministerpräsidenten für notwendig. Ich ziehe daher meine unter dem 9. April d. J. gegebene Annahmeerklärung hiermit zurück.

Donnerstag 1 Uhr: Wahl des Ministerpräsidenten, Weiterberatung, Kleine Beratungen.
Schluß 3 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Die neue Getreidewirtschaft.

Schon seit längerer Zeit sind Erörterungen zwischen der Reichsregierung und den beteiligten Stellen über die Forderung der Getreidebewirtschaftung im Gange. Vor einer gänzlichen Aufhebung der Zwangswirtschaft schreden selbst entschiedene Freihändler zurück. Daher hat sich auch das Reichs Ernährungsministerium nur für ein Umlageverfahren ausgesprochen. Der Rückgang der Getreideanbaufläche und die verminderte landwirtschaftliche Produktion haben bekanntlich mangelnde Vorschläge zur Hebung der Landwirtschaft gezeitigt. Eine der wichtigsten von ihnen war der Vorschlag des Gen. Braun, der auf eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Erzeugung, besonders durch Sen-

kung der Preise für künstlichen Dünger hinaussetzt. Durch eine solche Senkung der Gestehungskosten sollte nicht nur die Produktion angeregt, sondern auch die Preise für Lebensmittel in erträglichem Grenzen gehalten werden. Demgegenüber steht die Ansicht der Leute, die auch in sechs Kriegs- und Uebergangsjahren mit ihren schweren Folgen für die Gesamtwirtschaft nicht begriffen haben, daß die Preisanziehung gerade in der Landwirtschaft gänzlich verfehlt hat und die daher einer Lockerung der Zwangswirtschaft — gleichbedeutend mit Lockerung der Preisbremse — das Wort reden. In dem Beschlusse über die Umlageverfahren, der nach einer halbamtlichen Mitteilung nunmehr ausgearbeitet ist, hat diese letzte Richtung den Sieg davongetragen. Ueber den Inhalt des Beschlusses verlautet:

Im nächsten Wirtschaftsjahr sind aus dem Inlande für den Bedarf der Bevölkerung, ausgenommen die Selbstverfoger, 3 1/2 Millionen Tonnen Getreide durch Umlage aufzubringen, während der Gesamtbedarf etwa 4,3 Millionen Tonnen beträgt. Die Umlage entspricht durchschnittlich einer Belastung von fast 3,5 Doppelzentner auf den Hektar der Getreideanbaufläche und würde ungefähr ein Siebentel der Ernten an Brotgetreide, Gerste und Hafer ohne Gemenge ausmachen, die im Durchschnitt von 1910—1913 auf dem durch den Friedensvertrag verringerten Boden eingebracht sind. Selbst wenn veranschlagt wird, daß die Ernte seit dem Kriege vielleicht um 40 Proz. sich verringert hat, würde die Gesamtumlage von 3,5 Millionen Tonnen doch immer noch beträchtliche Ueberschüsse freilassen. Die Umlage soll von den Ländern nach dem Anteil aufgebracht werden, mit dem sie an dem Ernteertrage von Brotgetreide, Gerste und Hafer von 1906—1920 durchschnittlich beteiligt gewesen sind. Um den Kleinbesitz mit einer geringeren Umlage heranzuziehen, da er verhältnismäßig weniger Getreide im Vergleich zu seiner Ernte abgeben kann, sollen die Länder mit viel Kleinbesitz in der Weise beangünstigt werden, daß die Umlage für jeden Selbstverfoger um einen bestimmten Betrag erhöht und von den Anteilen der einzelnen Länder der gleiche Beitrag für jeden Selbstverfoger des Landes wieder abgezogen wird. Innerhalb der Länder wird das Umlagesoll auf die Kommunalverbände und von diesen auf die Gemeinden bzw. die Betriebe verteilt. Die den Erzeugern für das Umlagegetreide zu zahlenden Preise werden von der Regierung mit Zustimmung des Reichsrats und eines Reichsausschusses festgesetzt, während die Preisbildung des Ueberschussgetreides der Entwicklung des freien Marktes überlassen bleibt, wodurch auch dem Schleichhandel das Handwerk gelegt werden dürfte. Die Regelung des Verbrauchs bleibt wie bisher Sache der Kommunalverbände nach den Weisungen der Reichsgetreidestelle. Sie haben die Preise für Mehl und Backwaren festzusetzen, die Brotkorten auszugeben usw. Die Einfuhr von Getreide soll zunächst nicht freigegeben werden, um misslichen Rückwirkungen auf die Währungsverhältnisse vorzubeugen. Die Regierung wird dafür Sorge tragen, daß bis zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres ausreichende Vorräte an ausländischem Getreide vorhanden sind.

Es ist nicht anzunehmen, daß das Umlageverfahren die Steuerfreudigkeit der Landwirte erhöhen wird. Nach den Erfahrungen beim Hafer, wo es nicht möglich war, die Umstellung der behördlich festgesetzten Preise auch durchzusetzen, ist zu befürchten, daß auch die Preise des durch Umlageverfahren aufgebrauchten Getreides sich den für die im Freihandel erzielten Preisen stark nähern, d. h. bedeutend steigen werden. Eine erhebliche Verteuerung des Brotes wäre dann unvermeidlich.

Die deutschen Lieferungen an Sowjetrußland. Die russische Eisenbahnkommission veröffentlicht den Plan der russischen Auslandsbestellungen. Sie betont dabei, daß die Rußländer Sowjetrußlands zur Lieferung von Maschinenteilen in Deutschland um 50 Proz. billiger als in Schweden und England ausgeführt werden. In der Schnelligkeit der Lieferungen habe Deutschland alle übrigen Lieferanten übertraffen; eine bekannte deutsche Firma, die erst im Oktober Aufträge der Sowjetregierung übernommen hatte, habe bereits im Dezember 1500 Tonnen Eisenbahnmateriale abgeliefert. Außerdem verlange England vorherige volle Bezahlung der Waren, während Deutschland der Sowjetregierung die Waren kreditiere.



TRADITION

Die neue PROBLEM Zigarette!

Ankauf Juwelen
Margal & Co.
Kanonstr. 9.

Damentaschen
stets das Neueste
sehr preiswert!
P. Radatz & Co.
Berlin W, Leipziger Str. 123-23

Teppiche
kauft man am besten in dem seit
50 Jahren bestehenden
**Teppichhaus
Brünn**
Hackescher Markt 4
am Bahnhof Börse
Große Auswahl! Billigste Preise!

Französischer Prunier-, Derby-, Pelisson-
Cognac
Weinbrand-Verschnitt mit Flasche 42.⁵⁰
Deutscher Weinbrand mit Flasche 45.⁵⁰
Eier-Cognac Fl. 89.-, Echter Sherry Fl. 26.-, m. Steuer 31.20
Schwerer starker Malaga Fl. 24.⁷⁵ mit 29.⁷⁵
17er Burgunder Beaujolais 18.⁵⁰ mit 22.⁵⁰
Weisswein
billiger, vorzüglich zur Bowle, schon von 12.- an mit Steuer.
Versand auch Interwale in Ballons, Fassern und Waggons.
Für Wiederverkäufer besondere Preise!
J.F. Rauch
Engros Barnstr. 34, Nord. 8214, Potsd. Str. 54, Hofstraße
Gontard 4, Invalid. 184 a, u. d. Alt. Weinst. Friedr.-Str. 11
Gr. Frankl. 112, Schön. Al. 178, Brunnenstr. 174, Eck. 11v.

Soeben erschien! Soeben erschien!
Russische Korrespondenz
Nummer 3/4. 335b*
Inhalt: N. Lenin: Die gegenwärtige Lage Sowjet-Rußlands. (Rede auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands) / Karl Radetzki: Der X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands. Materialien zur Frage des Aufbaus der Partei. / Materialien zur Frage der Rolle und der Aufgaben der Gewerkschaften. / Karl Radetzki: Die innere und äußere Lage Sowjet-Rußlands und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands. / N. Lenin: Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum. (Rede auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands) / L. Kamenow: Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umwälzung. (Rede auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands) / N. Lenin: Die X. Kongreß und innere Politik der Sowjetmacht. (Rede in der Sitzung des Moskauer Sowjets der Arbeiter und Rotarmisten) / Die Erstellung von Konzessionen an das ausländische Kapital (mit drei Karten) / A. Rykoff: Resultate der aufbauenden Tätigkeit der Sowjetregierung. / N. Bogdanow: Die Bauernwirtschaften in Sowjet-Rußland Ende 1920. / A. Swidetzki: Die nächsten Aussichten der Lebensmittelversorgung. / Illustrationen und Beilagen: Fünf Plakate (Mehrfarbendrucke) / Drei Landkarten.
160 Seiten Preis 6 Mk.
Zur beziehen durch **Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig**

Spezialarzt
Dr. med. Koeben
für Syphilis, Harn-, Frauenk., Schwäche, Salvarsan-Kuren, Behandlung schnell, sicher & schmerzlos ohne Berufsstör. Blutunters. Pfd. I. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Königsstr. 58-57, Rathaus 10-11, 5-8; auch Sonntag 10-11. Teilzahl. Separ. Damenzimmer
Gänsefedern
billigste, auch ungetrocknet, aus erster Hand.
Paul Paegelow
Wilhelmstr. 11
Die Sozialistische Genossenschaft
Sozialistische Halbmonatsschrift für die gesamte Genossenschaftsbewegung. Prospekt und Probennummer kostenlos durch J. Becker, Gera-R., Waldstr. 46.

Spezial-Arzt Dr. Jaffe für Geschlechts-, nerv., Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutunterk., Speicheldr., Gicht- u. Gelenk- u. Nerven- u. Sehstörungen.
Dir. O. Löser, Münzstr. 9
nahe Alexanderplatz, 9-11, 4-8, Sonntag 9-11. Damen separat
Pelz- Haus
Zahlungserleichterung
Berlin SW 19, Leipziger Str. 58
Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon Moritzplatz 9285
Kapitän-Kautabak
wieder trüchlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Vertriebsstellen
G. Röder, Berlin, Lichterberger Str. 32. Reichh. 1901

Marke

Goldstück

Generalvertretung: Vertriebsgesellschaft für Brennerei-Erzeugnisse m. h. H. BERLIN O 34, Komintener Straße 45. Fernsprecher: Köpenick 503

Theater, Lichtspiele etc. Opernhaus, Volksbühne, Schauspielhäuser, Deutsches Theater, Kammerspiele, Gr. Schauspielhaus, Theater i. d. Königsgrätzer Str., Komödienhaus, Berliner Theater, Kleines Theater, Rose-Theater, Apollo-Theater, Internationales Varieté-Programm, etc.

Casino-Theater, Königstadt-Theater, Metropoli, Wintergarten, Reichshall-Theater, SCALA, Internationales Varieté-Programm, etc.

Im Theater i. d. Königsgrätzer Str. Morgen, Freitag: Die 25. Aufführung des neuen Lustspiels v. Wilh. Speyer: Rugby

Sarrasani, Zirkus Busch, Tägl. 7, Sonn. nach 3 Uhr Pers. Auftret. i. H. Sprosch

Moritzplatz, Varieté-Café, Täglich 8 Uhr, Elite-Programm, Häuser, Christus

Die neue Sehenswürdigkeit! Sorrent, Hochbf. Schliesisches Tor, Das schönste Varieté-Cabaret-Gafé

Tuchfabrik-Niederlage, von H. Lamprecht, Berlin-Tempelhof

Kunstspiel-Piano und Flügel VIRTUOLA, Römheldt A.-G.

Blüte-Sänger, April-Jubiläums-Programm, u. a. zwei solistische Elnakter

Alt-Bayern, Friedrichstr. 94-95, Programm ab 8 Uhr

Admirals-Palast, Tägl. 7, u. zu halben Preisen Sonntag nachm. 3 Uhr

Treffo, Tanparadies Zeit 2, in den Zeiten (Theaterzeiten)

Allgem. Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg, Am Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr

ordentliche Musikklub-Sitzung, am Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr

Metallankaufsstelle, Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Ortskrankenkasse der Schloffer u. veru. Gemerbe zu Berlin, Am Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr

Ausschub-Versammlung, am Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr

Allg. Ortskrankenkasse Berlin-Pankow, Am Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr

Allgem. Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg, am Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr

ordentliche Musikklub-Sitzung, am Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr

Metallankaufsstelle, Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Bekanntmachung, Wahl des Ausschusses der Junungs-Krankenkasse der Dach-, Schiefer- und Ziegelmacher-Jungung zu Berlin

Bekanntmachung, Wahl des Ausschusses der Junungs-Krankenkasse der Dach-, Schiefer- und Ziegelmacher-Jungung zu Berlin

Bekanntmachung, Wahl des Ausschusses der Junungs-Krankenkasse der Dach-, Schiefer- und Ziegelmacher-Jungung zu Berlin

Bekanntmachung, Wahl des Ausschusses der Junungs-Krankenkasse der Dach-, Schiefer- und Ziegelmacher-Jungung zu Berlin

Bekanntmachung, Wahl des Ausschusses der Junungs-Krankenkasse der Dach-, Schiefer- und Ziegelmacher-Jungung zu Berlin

Kleine Anzeigen

Verkäufe, Bettwäsche, Kleider, Möbel, Musikinstrumente, etc. Various small advertisements for goods and services.

Sowjet-Kapitalismus.

Dem Kapitalismus und dem Freihandel ist in Sowjet-Rußland ein mächtiger Fürsprecher entstanden. Kein Geringerer als Lenin beweist jetzt, daß diese beiden Einrichtungen sich mit dem Kommunismus ausgezeichnet vertragen. Darüber meldet „Ost-Express“ aus Helsingfors vom 20. April: Auf der Moskauer Konferenz der „Kommunistischen Parteien“ führte Lenin in seiner Rede (deren Anfang gestern gemeldet wurde) ferner aus: Der Freihandel werde einen Staatskapitalismus zeitigen. Die Desorganisation, Heizmittel- und Rohstoffmangel und die Zerrüttung des Transportwesens hätten dazu beigetragen, daß gleichzeitig mit dem Sozialismus nach die Klein-Industrie sich in Sowjet-Rußland erhalten habe. Unter diesen Umständen würde der Staatskapitalismus eine Zusammenfassung der Klein-Industrie bedeuten. Die Kommunisten brauchen die Entwicklung des Staatskapitalismus nicht zu fürchten, da sie selbst ihr bestimmte Grenzen stecken könnten. Der Kapitalismus unter der Kontrolle eines Staates, in welchem das Proletariat die ganze Macht in Händen halte, widerspreche nicht der Idee des Kommunismus.

In solchen Buzelbäumen nach rückwärts bewegt sich jetzt die bolschewistische Dialektik. Es lohnt sich wohl kaum, auch Deutschland noch nach russischem Muster kaputzuschlagen, um zu den gleichen Ergebnissen zu gelangen.

Ein weiteres Beispiel der bolschewistischen Rückwärtsentwicklung liefert ein neues Dekret, welches anordnet, daß verschärfte die Arbeitern außer ihrem Geld- und Naturallohn ein Teil der Erzeugnisse ihres Betriebes zugewiesen werden soll. Der auf diese Weise gebildete Warenfonds soll entweder unter den Arbeitern für ihren Eigenbedarf unmittelbar verteilt oder durch Vermittlung der lokalen Konsumgenossenschaften gegen andere Waren ausgetauscht werden. Für die Betriebe, in denen nach Art ihrer Erzeugnisse diese Regelung undurchführbar ist, ordnet das Dekret an, den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, nach Schluß der Arbeitszeit mit den Betriebsmitteln Bedarfsartikel für den Austausch herzustellen. Es dürfen sogar Gruppen von Arbeitern ihre ganze Zeit den neuen Produktionsrichtungen zuwenden, wenn die übrige Belegschaft Gewähr dafür übernimmt, daß die Produktion des Betriebes dadurch nicht geschädigt wird. Das Dekret bildet ein Zugeständnis an die Forderungen der noch zuletzt auf dem kommunistischen Parteikongress als „indiskutierbar“ bekämpften Gruppe der „Arbeiteropposition“ und einen völligen Bruch mit der bisherigen Politik, da die Entlohnung der Arbeiter durch Erzeugnisse ihrer Betriebe bisher streng verboten war.

Konst. 20. April. (WZ.) Der 1. Mai-Feiertag fällt in Sowjet-Rußland auf den Osterfesttag. Das Zentralvollzugskomitee macht darauf aufmerksam, daß die religiösen Gefühle der Massen unter keinen Umständen durch unvorsichtige Worte verletzt werden dürfen. (Wenn die deutsche Sozialdemokratie einen ähnlichen Standpunkt vertritt, dann wird sie von den Kdäp-Hoffmann und Konsorten als konterrevolutionär und opportunistisch beschimpft. Die Red.)

Der Fascistenschrecken.

Rom, 20. April. (EP.) Eine Abordnung der sozialistischen Parteien und des Gewerkschaftsbundes mit den Abgg. Bacci, Duzoni und Zanardi an der Spitze ist beim Ministerpräsidenten gegen die Gewalttätigkeiten der Fascisten vorstellig geworden. Sie erklärten, es sei den sozialistischen Massen unmöglich, am Wahlkampf teilzunehmen, da in einigen Provinzen die immer schlimmer werdenden Vergewaltigungen durch die Fascisten andauernd. Einige Gewerkschaften hätten deshalb die allgemeine Stimmenthaltung bei den Wahlen gefordert. Eine Wahlenthaltung der Sozialisten hätte jedoch den Rücktritt der sozialistischen Gemeindegemeinschaften und Provinzverwaltungen sowie die Aufgabe aller Fürsorgewerke und Arbeitsämter zur Folge. Die Kommission verlangte die Wahrung des Gesetzes und vollständige Wahl- und Stimmfreiheit. Giolitti erklärte, er werde die entsprechenden Verfügungen an die Präfekten ausgeben, um die Wahlvorbereitung und die Stimmfreiheit zu gewährleisten und alle Gewalttaten energisch zu unterdrücken, von welcher Seite sie auch kommen.

WZ. meldet inzwischen weitere Brandstiftungen an kommunistischen Privathäusern durch die Fascisten in Toskana. Es wurden mehrere Personen getötet, andere verletzt und einige Verhaftungen vorgenommen.

Tirards Mühlen mahlen langsam...

Köln, 20. April. (ZL.) Von der neuen Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, die von der Entente heute in Ausführung der Londoner Sanktionen ausgerollt worden ist, ist in den ersten Morgenstunden des ersten Tages ihres Inkrafttretens noch wenig zu merken. Der Personenverkehr ist bisher nicht wesentlich beeinträchtigt. An der Ubergangsstation ist lediglich der übliche Aufenthalt von wenigen Wägen im Schnellzug Frankfurt-Biesdorf und die Kontrolle der Gepäckwaren durch einen einzigen französischen Unteroffizier bemerkenswert. Eine Revision des Handgepäcks fand nicht statt. Im Güterverkehr machen sich infolge größerer im Fahrplan nicht vorgesehenen Aufenthalte Störungen bemerkbar.

Mannheim, 20. April. (ZL.) In Biedersheim, Ludwigshafen und Worms fanden bis jetzt keine Visitationen der Reisenden und des Gepäcks statt. Anscheinend haben die Franzosen ihre Vorbereitungen noch nicht beendet.

... und schlecht.

WZ. 20. April. (WZ.) Wie die hiesige Eisenbahndirektion der „Rheinischen Zeitung“ mitteilt, besteht ein Unterschied zwischen der belgischen und der englischen Zone. In der ersteren hat die Kontrolle des Güter- und Passagierverkehrs ausschließlich eingesezt; in der englischen soll die Kontrolle heute im Laufe des Tages beginnen. Da aber die Ueberwachung des Postverkehrs englischerseits die nötigen Organe noch nicht bereit sind, wird damit gerechnet, daß in dieser Zone die Zollgrenze zunächst überhaupt noch nicht in die Erscheinung tritt. Wie die Handhabung in der Gegend von Koblenz und weiter südlich vor sich geht, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Heute morgen ging der Bahnhof Dierdorf schon einem Warenlager. Auf den Bahnsteigen lagen allerlei Waren aus Güter- und Personenzügen. Die deutschen Zoll- und Bahnbewachen geben sich alle Mühe, den Verkehr schnell abzuwickeln, aber was heute vormittag beobachtet werden konnte, läßt bereits Zweifel zu, ob ein regelmäßiger Verkehr auf die Dauer möglich ist. In Sachverständigenkreisen glaubt man, daß Bahnhöfe wie der in Dierdorf sehr bald vollständig verstopft sein werden.

Reichstag und Sondergerichte.

Präsident Löbe

begrüßt die Abgeordneten nach der Osterpause. Er fährt fort: Mir war das letztemal vor mehr als einem Monat auseinandergegangen, hatte die

Abstimmung über Oberschlesien

gerade begonnen. Das Schicksal dieser deutschen Provinz ist auch heute noch nicht entschieden. Wir danken allen, die unter schwierigen Umständen und mancherlei Gefahren zum Trost für Deutschland gestimmt haben. Mit 716 000 gegen 471 000 Stimmen, mit der Mehrheit seinerer Gemeinden, mit einstimmiger Zustimmung seiner Städte hat Oberschlesien für Deutschland gestimmt. (Beifall.) Wenn wir uns einen Augenblick vorstellen, daß die gleichen Zahlen für Polen gegen Deutschland gefallen wären, so wären die Instanzen der alliierten Mächte keinen Augenblick zweifelhaft gewesen, wohin sie das so wertvolle Land, das Ganze schickten würden. (Beifall.) Diese Gerechtigkeit fordern wir auch für uns, denselben Respekt vor dem Mehrheitswillen der ober-schlesischen und das deutsche Volk. Wir können nur warnen, daß in einer so unheilvollen Zeit neue Kriegsbeide, neue Reibungsflächen, neue Schwächungen des mitteleuropäischen Wirtschaftslagens geschaffen werden. Oberschlesien hat sich mit Mehrheit für Deutschland entschieden, bei ihm muß es auch bleiben. (Beifall.)

Levis Blankoverzicht

Präsident Löbe teilt ferner mit, daß ein Schreiben des Abg. Levi (Rom.) eingegangen ist, in dem es heißt: Ich habe ein Blankoverzicht unterschrieben, wonach ich mein Mandat niederlege. (Hört, hört!) Ich widerrufe hiermit diese Erklärung. (Beifall.)

Präsident Löbe: Sollte diese Erklärung noch eingehen, so gilt sie im voraus als widerrufen. (Große allgemeine Heiterkeit.)

Auf der Tagesordnung steht eine Interpellation der Unabhängigen über die

auswärtige Lage

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt, daß der Außenminister die Interpellation in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten werde. Der Außenminister legt Wert darauf, daß die Beantwortung sobald als irgend möglich erfolgt.

Abg. Ledebour (U. Soz.) fordert schnelle Erörterung der auswärtigen Lage.

Präsident Löbe: Das liegt im Interesse des ganzen Hauses. Eine entsprechende Interpellation Krastadt (Dnt.) ist ebenfalls schon eingegangen.

Es folgt die erste Beratung eines Abkommens mit den alliierten Hauptmächten über die Festlegung einiger Abschnitte der

Grenzen des Saargebietes.

Abg. Kores (Dem.) Die sogenannte Völkervereinbarung im Saargebiet unterbindet rigoros den kulturellen Zusammenhang der Einwohner mit den Deutschen im Reich. Ein Rundschreiben der französischen Bergwerksverwaltung laßt auf die Besonderen einwirken, daß sie sich naturlicher lassen. Von deutscher Verwaltung ist keine Rede. Am 1. Mai kommt zur Frankenscheidung der Bergarbeiter auch die der Post- und Bahnbewachen. Dann muß auch das letzte Bistum der Bevölkerung zur Frankenscheidung übergeben, so Kalkül an Frankreich machen. Die Bergarbeiter werden in diesem Augenblick die Frankenscheidung. Wir können den Saarländern nicht helfen, wir vergessen sie oder nicht, bis das Saarland wieder mit dem Reich verbunden ist. (Beifall.)

Abg. Hoffmann-Ludwigsbach (N.): Als geborener Saarländer schreibe ich mich den Ausführungen des Abg. Kores voll an. Die Obhut des Völkervereinbarung ist den Saarländern zum Verhängnis geworden. Die gegenseitigen brüderlichen warmherzigen Gefühle zwischen unseren deutschen Brüdern im Saargebiet und den Deutschen im Reich können keine Zollgrenze der Entente und keine andere Maßregel verkraften. (Beifall.)

Das Abkommen wird einem Ausschuss übergeben.

Der Gesetzentwurf über die Verteilung des Gewinns der Reichsbank für das Jahr 1920 wird dem Haushaltsausschuss überwiesen, ebenso der Gesetzentwurf zur Veränderung des Bankgesetzes, wonach die Banknoten, nach der Teil, der im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten, der durch kursfähiges deutsches Geld usw. gedeckt sein soll, ein Drittel nicht unterzweien darf, bis zum 31. Dezember 1923 außer Kraft gesetzt werden soll.

Ein kommunistischer Antrag fordert

sofortige Haftentlassung des Abg. Thomas (Rom.)

aus der Gefangenenanstalt Dandbora in Böhmen.

Präsident Löbe teilt mit, daß ihm ein Schreiben des Abg. Thomas zugegangen sei, in dem dieser um Schutz bittet. Ich habe mich durch Vermittlung des Reichsministers des Innern an den bayerischen Minister des Innern gewandt, ob etwa eine Verletzung der Immunität vorliegt. In einem längeren Schreiben wird dargelegt, daß eine solche Verletzung nicht vorliegt.

Abg. Reimborn (N.) beantragt die Ueberweisung des Antrages an den Geschäftsausschuss.

Abg. Geyer (Rom.) verlangt Freilassung des Abg. Thomas, indem er auf ein Schreiben des Abg. Reimborn hinweist. In diesem erklärt Thomas, daß er in sehr rohem Verfahren wegen Aufforderung zum Hochverrat und Aufreizung zum Rassenhass zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt und während der Haft mit Strafbüchern bedrängt worden sei. Durch eine ausführliche Inhaltsangabe des Protokolls, wegen dessen er verhaftet und verurteilt wurde, laßt Thomas klarlegen, daß er weder zum Generalfreistell noch zur Revolution aufgefordert habe. Das Gericht nahm aber an, daß, wenn auch nicht vom Umlauf gesprochen wurde, dieser aber doch gemeint gemeint sei. Da er nach dem Vortrag reich zum Wahnsinn eile, um seinen Angehörigen die zu erreichen, habe man Fluchtverdacht angenommen. Der Redner ersucht um sofortige Annahme des Antrages.

Abg. Müller-Franke (Soz.) ersucht um Klarstellung des Falles Thomas in einer Ausschussberatung. Sollten sich die Angaben des Abg. Thomas als zutreffend erweisen, so müßten wir auf das energische gegen ein solches Verfahren protestieren.

Abg. Schäfers (Dem.) Wenn ein Zusammenhang zwischen den Vorgängen in Mitteldeutschland und dem Vergehen des Abg. Thomas besteht, dann wäre die Immunität nach Art. 57 der Verfassung nicht verletzt, denn die mitteleuropäischen Verbrechen sind gemeine Verbrechen. Allenfalls sollte der Geschäftsausschuss möglichst rasch arbeiten.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Da kein Zweifel bestehen kann, daß die Immunität des Abg. Thomas verletzt worden ist, ist jede Ausschussberatung überflüssig.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten dem Geschäftsausschuss überwiesen.

Die Ausnahmegerichte.

Es folgt die Beratung des schleunigen Antrages der Unabhängigen, der die Aufhebung der Verordnungen des Reichspräsidenten für den Bezirk Groß-Hamburg, für die Provinz Sachsen, für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Aachen und Münster und über die Bildung außerordentlicher Gerichte fordert.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.):

Die Ausnahmegerichte sind unzulässig; der Unterschied zwischen Ausnahmegerichten und Sondergerichten ist nicht etwaa

den Juristen klar, vielmehr weniger dem deutschen Volk. Es ist eine lächerliche Begründung, wenn man sagt, daß man den Gefangenen, die nachher doch zu Zuchthaus verurteilt werden, einige Tage Untersuchungshaft ersparen will. Die einfachsten Rechtsgrundsätze fehlen in diesem Verfahren. Jeder gemeine Verbrecher hat es besser als diese politischen Gefangenen. Zeugenerkennungen werden meistens abgelehnt und eine Berufung gegen das Urteil findet nicht statt. Das ist eine barbarische Justiz. Hört die Hälfte aller Angeklagten besteht aus Jugendlichen, aber die Richter sehen immer ohne weiteres die erforderliche Einsicht voraus. An der Spitze des Berliner Ausnahmegerichtes hat man keinen anderen Richter zu sehen gewußt, als den Richter Hillers. Die Aufforderung zum Generalfreistell wird überall von den Gerichten als Aufforderung zum Verhör am gegen die Befehle beurteilt. So untergräbt man die Koalitionsfreiheit. Der deutsch-nationale Redakteur Debus bekam für seine wiederholte Aufforderung zum Nord 1000 Mark Geldstrafe, aber die Aufforderung zum Generalfreistell wird mit 3 Monaten Gefängnis bestraft. In dem Prozeß gegen die

sogenannten Attentäter der Siegesfeier

mußte der Staatsanwalt jede Klärung darüber zu verhindern, daß dies sogenannte Attentat ein Werk von Bodspielem gewesen ist. Wo bleibt demgegenüber die Strafverfolgung der Kapp-Rebellen und der Kriegsverbrecher? Wenn es dem Staatsanwalt damit Ernst gewesen wäre, hätte er gestern nur nach Potsdam gehen sollen. (Beifall rechts.) Bisher sind von den Ausnahmegerichten 337 Jahre Zuchthaus, 47 Jahre Gefängnis, ferner gegen 5 Angeklagte lebenslangliches Zuchthaus und gegen 2 Angeklagte die Todesstrafe verhängt worden. Die Arbeiter sind eben heute völlig vogelfrei. Die Staatsanwälte und Richter stützen sich mit einer wahren Wollust auf die Arbeiterschaft. Diese Verordnung trägt den Namen des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Oberst und die Sozialdemokratische Partei ist für die Handlungen des Reichspräsidenten durchaus verantwortlich. Die kommunistische Partei überläßt sie ruhig der Arbeiterschaft; die Arbeiterschaft ist auf dem besten Wege, sich von der kommunistischen Verwirrung frei zu machen. Das Eingreifen von Polizei und Gericht führt nur diesen Gefundungsprozeß. (Beifall rechts.)

Reichsjustizminister Heinze:

Die Verordnung des Reichspräsidenten entspringt keinem Nachbegehren des Bürgerthums oder der Regierung gegen die Arbeiterschaft. Vielmehr wurde die Verordnung auf meinen Vorschlag vom Reichspräsidenten erlassen, weil die Justizverwaltung überzeugt war, daß ohne eine derartige Verfügung der Gerechtigkeit nicht Genüge geschehen würde. (Beifall b. d. Komm.) Wenn nun von übertriebenen Schilderungen der Verfehle gesprochen wurde, so will ich Ihnen das Rülken, aus dem die Verordnung erwachsen ist, aus Ihrer eigenen Presse, aus der „Freiheit“ vom 3. April, schildern. (Der Minister verliest einen Bericht der „Freiheit“ über Attentate, Angriffe und Minderungen in Eisen.) Es ist festgestellt, daß bei den Kämpfen Polizeibeamten Rufen und Ohren abgeschnitten und Augen ausgehöhelt worden sind. (Große Unruhe. — Zuruf: Das ist gelogen! — Präsident Löbe rügt diesen Zuruf.) Die Justiz hat die Pflicht, den Dingen gerecht zu werden, deshalb kann man in enormen Zuständen nicht mit normalen Mitteln arbeiten, wenn die

Justiz nicht Stillstand leiden

soll. Das ordentliche Gericht ist für ganz andere Fälle eingerichtet. Die vielen Hunderte von Prozessen kann die Justiz nicht in so kurzer Zeit durchführen. (Unruhe links.) Die Frage der Verfassungsmaßigkeit der Verordnung ist nicht zweifelhaft, denn Artikel 8 der Verfassung billigt dem Reichspräsidenten für gewisse Ausnahmefälle Ausnahmerechte zu. Die Jugendlichen sollen übrigens möglichst für die ordentlichen Gerichte kommen, aber das ist nicht immer durchführbar. Die von den Sozialdemokraten beantragten Einschränkungen der Sondergerichte auf das unmittelbare Zustandsgebiet und ihre Außerkräftigung bei Hochverrat usw. bitte ich abzulehnen. Die Beweisführung soll den Angeklagten nicht verweigert werden. Von einer Blutjustiz kann man nicht sprechen. Die Urteile in Berlin waren sehr milde. (Der Minister führt noch einige Fälle von besonders schweren Vergehen an, die mit Zuchthaus oder Todesstrafe geahndet wurden.) In leichten Fällen werden milde Strafen verhängt. Die Verurteilten verfahren durchaus unparteiisch. Die Beschlagnahme eines Teils der Rotationsmaschinen der „Roten Fahne“ ist nach § 48 des Strafgesetzbuchs durchaus zulässig. Der Gefundungsprozeß wird sich am leichtesten vollziehen, wenn das gesamte Volk der Ueberzeugung ist, daß durch die Gerichte der Gerechtigkeit Genüge geschieht. (Beifall rechts.)

Präsident Löbe, der den Abg. Höllein (Komm.) schon zweimal zur Ordnung gerufen hat, ruft ihn nunmehr zum dritten Male zur Ordnung, weil er der Rede „äußliche Subjekte“ zugerufen hat.

Abg. Höllein (Komm.): Mein Zuruf war nur eine Erwiderung auf die Bemerkung des Abg. Cremer, ich hätte von Moskau 500 000 R. bekommen. — Die Abg. Kahl und Cremer (D. Sp.) befreiten diese Bemerkung. — Abg. Höllein: Rügen kann jeder! — (Große Entrüstung rechts.)

Die Beratung wird abgebrochen. Erledigt werden auch einige kleine Vorlagen, u. a. ein demokratischer Antrag auf Einstellung eines Sachkundigen aus den Kreisen des Handwerks beim Reichswirtschaftsminister usw. — Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 2 Uhr: Interpellation Krastadt (Dnt.) über die auswärtige Lage, Bericht des Geschäftsausschusses über die Verfahren gegen einzelne Abgeordnete. Fortsetzung der Debatte über die Sondergerichte. — Schluß: 6 Uhr.

Bürgerliche Sozialpolitik.

Der Beschluß des Reichstags, die Befleddungsämter teilweise aufzulösen, der kurz vor den Osterferien mit ziemlich allen bürgerlichen Stimmen gegen die sozialistischen Parteien gefaßt wurde, stellt sich immer mehr als eine schwere Schädigung der in den Kreisen Angefallenen, aber auch als ein Nachteil für das Reich selber heraus. So wird jetzt das Befleddungsamt Breslau verkleinert, das dem Reich im letzten Geschäftsjahre einen Ueberschuß von vielleicht 20 Millionen Mark erbringt. Der Verkleinerung fallen zahlreiche Schuhmacher und Schneider zum Opfer, die zum Teil seit über 20 Jahren in dem Befleddungsamt tätig sind, das fünfzigste Lebensjahr überschritten haben und nunmehr die Arbeitslosigkeit vermehren, da ihre Bemühungen, in der Privatindustrie unterzukommen, wegen ihres Lebensalters meist erfolglos sind.

Das Reichsfinanzministerium hat alle Beschwerden über die Härten seiner Verfügungen mit dem Hinweis auf den Reichstagsbeschluß zurückgewiesen, der sicher sehr übereilt gefaßt und vom Reichstag einer Nachprüfung unterzogen werden muß.

Ein Nachspiel zur Spaltung der USV. Den infolge der Trennung der Unabhängigen und der Kommunisten in Württemberg entstandenen Streit über die Landtagsmitgliedschaft der beiderseitigen Abgeordneten hat der württembergische Staatsgerichtshof nunmehr dahin entschieden, daß die Abgeordneten beider Gruppen ihre Sitze im württembergischen Landtag beibehalten. — Die Kommunisten verachten zwar den Parlamentarismus, aber sie lassen sich doch gern von einem Staatsgerichtshof ihre Mandate zuerkennen.

Gewerkschaftsbewegung

„Aus Gründen der Selbstachtung“

Bei der Betriebsrätemahl in der Akkumulatorfabrik A. G., Zentralbüro Ostlicher Platz, wurden zum Ersteinmal alle organisierten Angestellten und Arbeiter Jettel mit der Überschrift „Unorganisierte wählen nicht“ und nachfolgendem Inhalt verteilt:

„Seit Bestehen der Angestelltenausschüsse und Betriebsräte haben die darin tätigen gewählten Vertreter durch ihr Auftreten bewiesen, daß sie nicht gesonnen sind, in der unorganisierten Angestelltenchaft einen gleichberechtigten Partner zu erblicken. Trotzdem erhoffen für die morgen stattfindenden Betriebsrätemahlen die Organisierten die Unterstützung der Unorganisierten. Es wird den unorganisierten Angestellten aber empfohlen, aus Gründen der Selbstachtung an der morgen stattfindenden Wahl nicht teilzunehmen.“

Feststellungen ergaben, daß diese Jettel auf Veranlassung eines oder mehrerer Herren, welche der Direktion nahe stehen, hergestellt und verbreitet worden sind. — Die Herstellungskosten dieses eigenartigen Werbematerials dürften wahrscheinlich in einem bestimmten Unkostenkonto verbucht worden sein.

Jeder denkende Arbeiter soll und muß aus vorstehend Gesagtem entnehmen, wie sehr dem Unternehmertum, insbesondere dem Berliner Metallindustriellen, daran liegt, die Arbeitnehmerschaft noch mehr zu zersplittern. „Aus Gründen der Selbstachtung“ sollte sich die Arbeitnehmerschaft von der freien Gewerkschaften anschießen, denn nur so kann sie dem organisierten Unternehmertum kraftvoll und erfolgreich entgegen treten.

Die Berliner Holzindustriellen machen scharf.

In der letzten Nummer der „Nachzeitung“ weisen die Vereinigten Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie ihre Mitglieder darauf hin, daß infolge des abgelaufenen Tarifvertrages für die Arbeitgeber keinerlei Verpflichtungen bestehen, Bestimmungen aus dem alten Vertrag einzuhalten. Besonders hervorzuheben wird, daß weder ein Anspruch auf Ferien noch auf Zahlung der Tariflöhne besteht. Lediglich die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Demobilmachungsverordnungen und die des Betriebsrätegesetzes seien zu erfüllen.

Wir haben unsere Mitglieder auf die Beschlüsse unserer Organisation aufmerksam zu machen, nach denen Unterschriften zur Anhörung gesetzlicher Bestimmungen keineswegs geleistet werden dürfen. Der Arbeitsschweiger ist unter allen Umständen zu benutzen. Arbeitnehmer, die ohne Benutzung des Arbeitsschweigers in Arbeit treten, legen sich der Gefahr aus, mit den Beschlüssen der Organisation zu kollidieren.

Den Berliner Arbeitgebern gegenüber ist bei den Verhandlungen wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß wir jederzeit bereit sind, eine friedliche Lösung in den Streitfragen herbeizuführen, und sind von unseren Anwälten soweit zurückgegangen, daß eigentlich von Forderungen nicht mehr die Rede ist. Wenn die Berliner Arbeitgeber durch dergleichen Maßnahmen glauben die Arbeitnehmerschaft der Holzindustrie zu Kreuz zu zwingen, so werden sie sich verrechnen. Sollten es die Arbeitgeber auf eine Kraftprobe ankommen lassen wollen, so werden sie die Holzarbeiter Berlins gemahnen finden. Wir fordern unsere Mitglieder auf, streiker denn je an den Beschlüssen der Organisation festzuhalten und alle vorkommenden Streitigkeiten der Ortsverwaltung sofort mitzuteilen.

Ein widerspenstiger Güterdirektor.

Von etwa 15.000 land- und forstwirtschaftlichen Angestellten sind heute mindestens die Hälfte arbeitslos. Der Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter versucht durch Schaffung von Arbeitsnachweisen dem Staat wenigstens einige zu steuern. Daß es bei den Großgrundbesitzern wenig Begehrte findet, könnte man schließlich verstehen. Von einer Güterverwaltung, die einer Stadt mit sozialistischer Mehrheit gehört, wird man natürlich ohne weiteres annehmen, daß sie anders darüber denkt. Um so verwunderlicher ist es, daß der städtische Güterdirektor Dr. Raths alles, was in seinen Kräften steht, tut, um das Nichtbestehen eines dem Arbeitsschweiger der Stadt Berlin angeschlossenen Stellennachweises für Land- und Forstangestellte der städtischen Güter und Forsten zu verhindern, indem er zu den von der Direktion des Zentralarbeitsnachweises anberaumten Sitzungen nicht erscheint. Auch eine Beschwerde beim Magistrat blieb bisher erfolglos.

Sollte es wirklich kein Mittel geben, diesem Herrn Direktor etwas mehr soziales Verständnis beizubringen? Bei dieser Gelegenheit soll auch erwähnt werden, daß bei den Vorbereitungen zur Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für Molkereifachleute die Anbiter der Meiereien Milchlieferungs-gesellschaft, Viktoriapark, Spelowsdorf, Hefersdorf, Milchringhals der Gemeinde Weihenau und der Firmen E. Schumacher, Friedr. Mosner, Sodel u. Co., Wehr, Eisenhütten, Milka-Milchmittelabrik G. m. b. H., Th. Ungert, Singer u. Co., trotz mehrfacher Einladung nicht erschienen waren. Wir sind überzeugt, daß das städtische Milchamt,

das diesen Meiereien die Milch zuteilt, die Kontrolle ausübt, die Verdienstoppen zuweist, auch Mittel und Wege finden wird, die Meiereien zu veranlassen, ihr sachtechnisches Personal vom städtischen Facharbeitsnachweis zu beziehen. Bei dem heutigen niedrigen Stand der Milchlieferung ist es doppelt notwendig, daß die molkereimäßige Verarbeitung und Verarbeitung nur von ausgebildeten Fachleuten vorgenommen wird.

Streikende in der Stud- und Gipfbaubranche.

Am 20. April logte im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Streikenden. Den Schiedspruch vom 12. April hatte eine Versammlung am 18. April abgelehnt. Daraus hatten am 19. April wiederum Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden, welche folgendes Resultat zeigten. Für Wildhauer 8,40 M. Mindestlohn. Für Stukkateure, Mabitpauer, Plattenleger, Kalkschwandpauer 8,40 M. Spanner und Träger 8,10 M. Hilfsarbeiter 6,00 M. Die Streikleitung empfahl, diesen Vereinbarungen die Zustimmung zu geben.

Nach ausgiebiger Diskussion ergab die Abstimmung die Annahme obiger Bedingungen. Damit ist der Streik beendet und soll die Arbeit heute wieder aufgenommen werden. Alle Bauarbeiter, soweit sie für oben bezeichnete Arbeiten in Betracht kommen, sind verpflichtet, diese Lohnsätze zu beanspruchen.

Die Sektionsleitung.

Das ganz kleine Kind.

Unsere Kollegin zur Frage der Arbeitsgemeinschaften ruft die „Freiheit“ auf den Plan. Der Inhalt ihrer Bindungen ist die Wahrheit, daß man zwar gelegentlich mit den Arbeitsgemeinschaften verhandeln dürfte, wenn die Lage dazu zwingt, sonst müsse man sie scheuen wie die Sünde. Wie sagte doch das junge Mädchen? Ein Kind habe ich zwar gehabt, aber es war nur ein ganz kleines. Die „Freiheit“ hat schon recht: Mancher lernt es nie.

Betriebsrats-Regulationsarten.

Die neugewählten freigewerkschaftlichen Betriebsräte müssen sich sofort Betriebsrats-Ausweisarten der Freigewerkschaftlichen Betriebsratszentrale ausstellen lassen.

Ausweisarten werden für Arbeiter von den zuständigen Organisationen, für Angestellte nur beim A.S.-Band, Ortsrat der Groß-Berlin, SW. 61, Veste-Alte-Str. 7/10, ausgestellt.

Die unterzeichnete Zentrale stellt keine Ausweisarten aus. Nur wer eine Ausweisart der freigewerkschaftlichen Betriebsratszentrale besitzt, hat zu deren Veranlassungen Zutritt und kann von deren Einrichtungen Gebrauch machen.

Freigewerkschaftliche Betriebsratszentrale, Berlin SO. 16, Engelauer 15, 2. Hof 1 Treppe.

Vergleite, geht nicht nach Spitzbergen!

In deutschen Kohlenrevieren sind Agenten tätig, welche Vergleite für die Bergwerke in Spitzbergen anwerben. Neben anderen ist es hauptsächlich eine niederländische Gesellschaft, die ihre Agenten herumschickt. Mehrere Kameraden, welche bereits im vergangenen Jahre sich von den Agenten verlocken ließen, überlandten der „Vergarbeiter-Zeitung“ einen Brief, in dem sie vor den Agenten warnen. In dem Brief wird gesagt, daß die deutschen Vergleite von den anderen Arbeitern als Lohnräuber betrachtet werden, weil sie billiger arbeiten müssen. Bedingung ist zweijährige Verpflichtung und 65 M. Lohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. Auch schreiben die Kameraden, daß für jede Kleinigkeit 100 M. Geldstrafe vom Lohn abgezogen werden. Darum laßt euch nicht verleiten, nach Spitzbergen zu gehen.

Arbeiter und Angestellte!

Redt Euren Bedarf an Kleidungsstücken aller Art auf dem Wege praktischer wirtschaftlicher Selbsthilfe. Unterstützt die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ins Leben gerufene Warenverorgungsstelle Deutscher Gewerkschaften zum Wohl der Arbeiter- und Angestelltenchaft. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat zur Durchführung der Arbeiterversorgung in Berlin folgende Verkaufsstellen eröffnet: Zimmerstr. 88, Seebaldstr. 37/38, Engelauer 21 (Zentralarbeitsrat), Charitéstr. 8 (A.S.G.-Konsumverein), Reichsdruckerei, Driantstr. 91 (nur für Arbeiter des Betriebes), Chemische Industrie auf Aktien J. Svering, Müllerstr. 170/171 (nur für Arbeiter des Betriebes), Schneiderei-Genossenschaft „Hoffnung“, Berlin N, Brunnenstr. 183, Karlshorst-Baldpferdweg, Degenerstr. 54, Tempelhof, Richard Klingner (nur für Arbeiter des Betriebes), Schönhauser Allee 178, Eingang Ecke Schwedter Straße. Dort kann die Ware in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends besichtigt und gekauft werden.

Woqu alß es paritätische Arbeitsnachweise? In Berlin besteht seit 1½ Jahren ein paritätischer Arbeitsnachweis für das Fleischergewerbe, bei welchem zurzeit 1500 arbeitslose Fleischergehilfen eingetragen sind. Es gehört nicht zur Seltenheit, hier

Beute anzutreffen, welche bis zu 1 Jahr und länger arbeitslos sind. Wo ist hier die Einlösung des Versprechens der Arbeitgeber, nach Aufhebung der Zwangswirtschaft Gehilfen zu beschäftigen? Wohl werden vereinzelte Gehilfen eingestellt, doch werden diese nicht vom paritätischen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Friedrichstr. 110-112 und Hausburgstraße (Schlachthof), sondern von privaten Stellenvermittlern den sogenannten „Sektenverkäufern“, angefordert, welche nicht fragen, wie lange jemand arbeitslos ist, sondern nur ihr Profitinteresse im Auge haben. Zu ihren Kunden gehören auch die Warenhäuser Tieg und Berthelm. Trotzdem diese vom Zentralverband der Fleischer schriftlich und persönlich zur Benutzung des Arbeitsnachweises aufgefordert wurden, halten sie es nicht für angebracht, die notwendigen Arbeitskräfte von dort zu beziehen. Wo bleibt das soziale Verständnis, dessen sich die Unternehmer immer so gerne rühmen?

Die Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung wird im Sommersemester 1921 in der Deutschen Hochschule für Politik von Dr. S. Nestle, dem bekannten Historiker der Gewerkschaften (Montags von 5-6 Uhr), behandelt werden. Gleichfalls ist eine Vortragsreihe von R. Woldt, Referent am Kultusministerium, über Großindustrie und Arbeiterfrage (Donnerstag von 6-8 Uhr) vorgesehen. Semesterbeginn am 25. April. Anmeldungen im Sekretariat, Schinkelplatz 6 (Wie Vaufothstraße), zwischen 10-3 Uhr.

Deutscher Eisenverarbeiterverband. Seltens V, Industriearbeiter: Freitag 7 Uhr bei Rausch, Volzstr. 17, Vertrauensmännerversammlung aller Anführer, Anführer und Führer aus der Groß-Berliner Metallindustrie. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten der Reichsorganisation: Freitag 7½ Uhr bei Jentzen, Reichsstr. 18, Vertrauensmännerversammlung. — Chemische Branche. Gruppe Chemiker: Freitag 7½ Uhr bei Herten, Reichstr. 11, Vertrauensmännerversammlung. Bericht über den Streikverlauf im Eisenhandel.

Deutscher Gutsarbeiterverband, Freitag 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus Versammlung aller in den Domänen-Land- und Wapenbesitzenden Beschlüssigten.

Aus der Partei.

In der letzten Werbeweche sind nach vorläufigen Erhebungen im Bezirk Ostpreußen (Dresden) 5226 Mitglieder für die Parteiorganisation und 8517 Abonnenten für die „Dresdener Volkszeitung“ gewonnen worden. Aus einzelnen Bezirken des Dresdener Bezirkes liegen noch die Ergebnisse aus, so daß damit zu rechnen ist, daß die angegebenen Zahlen sich noch wesentlich erhöhen.

Soziales.

Erhöhung der Unfallrenten.

Den Beziehern von Unfallrenten von mindestens 50 Proz. der Vollrente sind die Zulagen für das Jahr 1921 verdoppelt worden. Weiter schreibt das neue Gesetz, daß Änderungen in der Unfallversicherung vom 19. März 1921 vor, daß für Unfälle, die nach dem 31. Dezember 1919 stattfanden, die Rente nach den neuen Bestimmungen über Drittelung des 10000 M. übersteigenden Betrages des Jahresarbeitsverdienstes neu zu berechnen ist. Es wird sich dabei in den meisten Fällen eine höhere Rente ergeben. Solchen darunter Rentenbezieher sein, die Anspruch auf Zulage haben, was nur bei den im Januar 1920 Verunglückten in Betracht kommen kann, dann fällt die bisher bezogene Zulage fort. Ist die neue Berechnung jedoch für den Verletzten ungünstiger, was bei Renten nach niedrigen Jahresarbeitsverdiensten in Frage kommen kann, dann bleibt es bei den bisherigen Bezügen.

Kündigung Schwerbeschädigter.

Die Bestimmung, daß die Kündigung eines Schwerbeschädigten nur dann wirksam ist, wenn die Hauptfürsorgestelle zustimmt, ist über ihre ursprüngliche Geltungsdauer, den 31. März 1921, hinaus bis zum 30. April 1921 verlängert worden.

Konsumgenossenschaftsbewegung.

Das Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wird in diesem Jahre erstmalig in drei Bänden herausgegeben werden, während es bisher in nur zwei Teilen erschien. Es wird in seinem ersten Teil den Jahresbericht des Zentralverbandes und in seinem zweiten Teil den Jahresbericht der Revisionsverbände und den der Großverkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. enthalten. Im dritten Bande des Jahrbuchs werden die Verhandlungen des Genossenschaftstages sowie die der Zentralversammlungen der Großverkaufs-Gesellschaft und der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine aufgenommen werden. Band I und II können bereits vor dem am 18. bis 15. Juni in Baden-Baden stattfindenden Genossenschaftstag bestellt werden, so daß jede Konsumgenossenschaft, die den Genossenschaftstag besucht, auch rechtzeitig vorher in den Besitz eines Exemplars des Jahresberichts gelangt ist.

Bestellen für den obigen Teil: Dr. Becker Verlag, Eisenstraße; für Konsumvereine: Dr. Gluck, Berlin, Verlag: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Einz.: Konsumvereine: Dr. Gluck, Berlin, Verlag: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Einz.: Gluck, eine Zeitschrift und Unterhaltungsbeilage „Genossenschaft“.

Großer Lebensmittel-Verkauf

Fische Leb. Hechle..... Pfund 10 ⁵⁰ Leb. Karpfen..... Pfund 12 ⁰⁰ Leb. Bleie..... Pfund 7 ⁰⁰ Leb. Plöizen..... Pfund 3 ⁵⁰ Kabliau kopflos, im ganzen Pfund 1 ⁶⁰ Seelachs kopflos, im ganzen Pfund 1 ³⁰ Kieler Bücklinge..... Pfund 4 ⁸⁰ Kappeln. Bücklinge Pf. 6 ⁰⁰ Pomm. Fludern..... Pfund 4 ⁴⁰ Lachsheringe..... Stück 1 ⁴⁵ Gr. Salzheringe..... Stück 35 Pf. Bralheringe..... 4 Liter Dose 21 ⁰⁰ Bismarckheringe..... 21 ⁰⁰ Rollmopse..... 21 ⁰⁰ Geir. Kaninchen ohne Kopf und Füsse Pfund 4 ⁰⁰	Wurst Rohwurst..... Pfund 11 ⁰⁰ Landleberwurst..... Pfund 12 ⁰⁰ Sülzwurst..... Pfund 14 ⁰⁰ Fleischwurst..... Pfund 19 ⁰⁰ Grobe Mettwurst Pf. 19 ⁰⁰ Hausm.-Leberwurst Pf. 20 ⁰⁰ Mettwurst nach Braunschweiger Art. Pf. 22 ⁰⁰ Teewurst..... Pfund 25 ⁰⁰ Gemüse - Obst Rhabarber..... Pfund 50 Pf. Spinal..... Pfund 63 Pf. Salat..... Kopf 1 ²⁰ Radieschen..... Bund 40 Pf. Apfelsinen... Stück von 50 Pf. an Zitronen..... 3 Stück 95 Pf. Walnüsse..... Pfund 4 ⁰⁰ Schalmandeln..... Pfund 7 ⁰⁰	Leipziger Str. & Alexanderplatz Prima Ochsenfleisch Suppenfleisch gef. 6 ⁷⁰ Schmorfleisch gef. 8 ⁰⁰ Roastbeef gef. 8 ⁰⁰ Schweinefilet gef. 8 ⁰⁰ Gehacktes Rind- u. Schweinefleisch gef. 10 ⁰⁰ Kalbskamm frisch Pf. 7 ⁵⁰ Kalbskeulen frisch Pf. 9 ⁰⁰ Butterfett..... Pfund 10 ⁰⁰ Kokosfett in Tafeln..... Pfund 10 ⁰⁰ Margarine..... Pfund 7 ⁹⁰ Margarine in 1/2 Pfund-Packung 5 ²⁵ Rindertalg..... Pfund 7 ²⁵ Rückenspeck..... Pfund 7 ²⁵ Schmalz garantiert rein..... Pfund 9 ⁷⁰	Kolonialwaren Gebrannter Kaffee Pf. 19 ⁰⁰ Tafelreis..... Pfund 2 ⁴³ Vollreis..... Pfund 3 ⁸⁰ Weiße Bohnen..... Pfund 85 Pf. Hafergrütze..... Pfund 2 ⁷⁵ Haferflocken..... Pfund 2 ⁴⁰ Kartoffelmehl..... Pfund 3 ²⁵ Bandnudeln..... Pfund 5 ⁸⁰ Konserven 2-Pfund-Dose Slangenspargel sehr stark 14 ⁷⁵ Brechspargel extra stark 13 ⁰⁰ Junge Erbsen im 10 ⁵⁰ Suppenersben..... 4 ⁸⁰ Apfelmus..... 3 ³⁵ Tomatenpüree..... 4 ⁸⁰	Käse Edamer Käse..... Pfund 19 ⁰⁷ Dän. Goudakäse Pfund 10 ⁵⁰ Harzer Käse..... Pfund 7 ⁶⁰ Landkäse..... Pfund 7 ⁴⁰ Tilsiter Käse..... Pfund 5 ⁷⁵ Puddingpulver Konsumpudding holländ. Paket 90 Pf. Griesspudding..... Paket 1 ²⁰ Puderpudding mit Kakao Paket 1 ⁵⁰ Altleit. Pudding..... Paket 1 ⁸⁰ Rote Grütze..... Paket 1 ⁸⁰ Soßenpulver mit Vanille gemahlen, Pak. 4 ⁸⁰ Leberwurst 2-Pfund-Dose 3 ⁸⁰ 4-Pfund-Dose 7 ²⁵
---	--	---	---	--

HERMANN TIETZ

Nur Alexanderplatz:
 Efeu..... 3⁵⁰ Rosenstämmchen .. 10⁰⁰ 12⁰⁰
 Wilder Wein..... 4⁷⁵ 5⁷⁵ Rhabarber Pf. ohne Blatt 1²⁰
 Silemütterchenpflanzen..... 60 Pf.